

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 5 • 8. Jahrgang

Berlin, 1. März 1927.

Präsidentenkrise an der Saar.

Präsident Stephens erklärt seinen Rücktritt.

Der jetzige Präsident der Saaregierung, der Kanadier Stephens, hat unterm 17. Februar d. J. in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes gebeten, von seiner Wiederernennung Abstand zu nehmen, da er mit Ablauf seines Mandats am 31. März d. J. aus der Saaregierung auszuscheiden wünscht. Dieses Schreiben ist allen, nicht zuletzt dem Völkerbund, überraschend gekommen, der, wie aus dem Schreiben des Herrn Stephens hervorgeht, Herrn Stephens bereits wieder auf die „Liste der Wiederwahl als Mitglied der Saaregierung“ gesetzt hatte. An das Rücktrittsgesuch des Herrn Stephens knüpfen sich begreiflicherweise die verschiedensten Kombinationen über die Gründe seines Schrittes. Er selbst sagt in seinem Schreiben darüber nichts, wohl aber hat er sich Pressevertretern gegenüber im Saargebiet dahin geäußert, daß es „lediglich gesundheitliche Gründe“ seien, die ihn zum Rücktritt veranlassen. Dem Vertreter der „Saar-Korrespondenz“ in Saarbrücken machte er aber über die Gründe seines Rücktritts einige Bemerkungen, aus welchen man erkennen kann, daß der ungünstige Zustand seiner Gesundheit aus dem Nerven- und Verdruß erwachsen ist, denen er innerhalb der Saaregierung ausgesetzt war. Er erklärte unter anderem folgendes:

„Seit sechs Monaten ist meine Gesundheit sehr heruntergekommen, daß ich glaube, meine Verpflichtungen gegenüber dem Saargebiet nicht länger durchführen zu können. Auch ist die Gesundheit meiner Frau nicht zufriedenstellend. Ich hatte die Hoffnung, daß ich vielleicht durch einen Urlaub meine Gesundheit wiederherstellen könnte. Der Arzt erklärte mir jedoch, daß ich nicht gesund werden könnte, wenn ich meine angespannte Tätigkeit und meinen Nerven (!) nicht aufgeben. Ich habe mich daher zum Weggang entschlossen, obwohl ich viele Sympathien in der Bevölkerung besitze, da jedermann, ob reich, ob arm, ob Mann, ob Frau, bei mir offene Türen fanden. Ich bin seit 3½ Jahren nicht mehr zu Hause gewesen. Ich muß meine persönlichen Sachen jetzt erledigen und beabsichtige, mich sofort nach meinem Rücktritt nach Kanada zu begeben.“

Es sind danach zunächst zwar rein gesundheitliche Gründe, die Herrn Stephens veranlassen, seinen Rücktritt zu nehmen; aus der Erklärung des Herrn Stephens ergibt sich aber, daß seine Gesundheit neben angespannter Tätigkeit vor allem auch durch „Nerven“ angegriffen wurde. Es ist kein Geheimnis, daß Präsident Stephens mit starken Widerständen innerhalb der Saaregierung zu kämpfen hatte, da er sich in allen seinen Maßnahmen der französisch-belgisch-tschechischen Mehrheit gegenübersteht. Das ist besonders deutlich in der Frage der Saarbesatzung zu Tage ge-

treten, wo bekanntlich über die Frage der Sicherung der Saareisenbahnen von der Saaregierung zu der Debatte der Völkerbundes drei verschiedene Gutachten beim Völkerbund eingingen, von denen das der französisch-belgisch-tschechischen Mehrheit die Beibehaltung einer französischen Saarbesatzung vorsieht, während Präsident Stephens und das saarländische Mitglied Kohnmann die Zurückziehung jeder Besatzung auf Grund der vertraglichen Bestimmungen fordert.

Aber nicht nur die Frage der Saarbesatzung hat für den Präsidenten der Saaregierung Ärger im Gefolge gehabt. Es ist kein Geheimnis, daß besonders die Steuerpolitik, wie sie vor Jahren durch den von Herrn Kault eigenmächtig getätigten Abschluß eines Steuerabkommens mit der französischen Regierung über die Heranziehung der französischen Saargruben zu den Steuerleistungen für den öffentlichen Haushalt des Saargebiets eingeleitet worden ist, nicht die Billigung des Herrn Stephens gefunden hat. Wiederholte Versuche, dieses Steuerabkommen zu kündigen, sind an dem Widerstand der französisch-belgisch-tschechischen Mehrheit der Saaregierungskommission gescheitert. Dieses Steuerabkommen, daß die französischen Saargruben nur zu einem vierten Teil des Steuerbetrages heranzieht, der bei gerechter Steuerverteilung auf die Saargruben entfallen müßte, und wodurch die Saargebietsbevölkerung die restlichen 75 v. H. an Stelle der Saargruben zu decken haben, ist in der saarländischen Presse, im Saarlandesrat und in den Kommunalparlamenten wiederholt Gegenstand scharfer Kritik und der Forderung an die Saaregierung gewesen, diese Ungleichheit bei der Verteilung der Steuern endlich zu beseitigen. Wie erwähnt, scheiterten alle diese Forderungen an dem Widerstand der französisch-belgisch-tschechischen Mehrheit.

Diese Steuerungleichheit, die in einem Völkerbundsland geradezu unbegreiflich ist, hat aber nicht nur schwere Steuerlasten der Saargebietsbevölkerung zur Folge gehabt, sie hat darüber hinaus stark auf die Wirtschaftsentwicklung des Saargebiets eingewirkt. An dieser Stelle ist in der letzten Ausgabe darauf hingewiesen worden, welche gefährdende Gestaltung die wirtschaftliche Lage an der Saar genommen hat. Die Kohlenpreispolitik der Saargrubenverwaltung hat hierzu ein übriges getan. Kohlenpreis- und Steuerpolitik an der Saar haben für die Saarwirtschaft Verhältnisse geschaffen, die sich, wie man im Saargebiet allgemein befürchtet, demnächst in einem verhängnisvollen Wirtschaftskampf äußern dürften. Die Bemühungen des Präsidenten Stephens, einen Ausgleich zu schaffen, scheiterten an der Unnachgiebigkeit der Saargrubenverwaltung und des französischen Finanzinspektors Labie, der innerhalb der Saaregierung die Stelle eines Finanzdiktators inne hat und als solcher vom französischen Auswärtigen

Mit dorthin entsandt worden ist. Auf dessen Einfluß ist sowohl das Steuerabkommen wie auch die bevorzugte Behandlung der französischen Unternehmungen im Saargebiet in steuerlicher Beziehung zurückzuführen.

Da Herr Stephens offenbar keine Möglichkeit sah, den beherrschenden Einfluß Frankreichs auf die Steuer- und Wirtschaftsgestaltung an der Saar zu brechen, so hat er sich veranlaßt gesehen, eine Wiederwahl abzulehnen. Wir deuteten bereits oben an, daß aus dem Schreiben des Herrn Stephens an das Generalsekretariat hervorzugehen scheint, als sei im Völkerbund bereits eine Liste für die Wiederwahl bzw. Neuernennung der Regierungskommissions-Mitglieder des Saargebiets aufgestellt. Die betreffende Redewendung in dem Schreiben des Herrn Stephens läßt fast vermuten, als sei ihm diese Liste schon bekannt gewesen und er habe daher keine Möglichkeit gesehen, die ihm „anvertraute Aufgabe als Mandatar im Geiste der Gerechtigkeit den Rechten der Bevölkerung des Saargebiets gegenüber und im Geiste der Billigkeit, den Frankreich durch den Friedensvertrag zugestandenen großen Interessen gegenüber“ durchzuführen.

Die Frage der Nachfolgerschaft des Herrn Stephens ist offiziell noch nicht geklärt. Von französischer interessierter Seite wurde durch den „Petit Parisien“ von Saarbrücken aus eine Nachricht lanciert, wonach man in politischen Kreisen des Saargebietes das saarländische Mitglied der Regierungskommission, K o s m a n n, als Nachfolger des zurücktretenden bisherigen Präsidenten der Saarregierung Stephens betrachte. Diese Nachricht hatte im Saargebiet allgemein überrascht, da bis zu dem Zeitpunkt des bekannt gewordenen Rücktrittsgesuches des Herrn Stephens für das Saargebiet gar keine Veranlassung vorlag, die Frage einer Nachfolgerschaft Stephens' zu erwägen. Die Meldung des „Petit Parisien“ scheint deshalb lediglich als Versuchsballon gelten zu können. Jedenfalls ist es nicht minder überraschend, daß in französischen politischen Kreisen des Saargebietes unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Rücktrittsabsichten des Herrn Stephens das bestimmte Gerücht auftrat, daß man französischerseits eine Kandidatur Lambert für die Präsidentschaft der Saarregierung propagiere. Lambert ist bekanntlich das belgische Mitglied der Saarregierung, das jetzt schon seit Februar 1920, also volle 7 Jahre der Regierungskommission des Saargebiets angehört. Nach einem Beschluß des Völkerbundsrates soll ein Mitglied der Saarregierung in der Regel nicht länger als 5 Jahre angehören, damit der neutrale Charakter der Saarregierung gewahrt bleibt. Welche Gründe maßgebend waren, um bei Herrn Lambert bisher von diesem Beschluß keinen Gebrauch zu machen, ist nicht bekannt. Wenn jetzt die Kandidatur Lambert für den saarländischen Präsidentenposten von französischer Seite propagiert wird, so greift man auf einen alten Plan zurück, der nach der Erledigung des Mandats des Herrn Rault von französischer Seite sehr stark in den Vordergrund gestellt worden war. Der Völkerbundsrat hatte trotzdem, mit unverkennbarer Verärgerung Frankreichs dem Kandidaten Englands, Herrn Stephens, den Vorzug gegeben. Man sollte eigentlich erwarten, daß die Gründe, die damals für die Entscheidung des Völkerbundsrates maßgebend waren, auch heute noch Geltung haben. Welche Erwägungen aber in Frankreich in der Frage der Saarpräsidentschaft mitspielen, geht sehr deutlich aus einer allerdings recht unbeholfenen und politisch unflugen Bemerkung des „Petit Parisien“ hervor, der unterstellt, die Demission Stephens sei vielleicht nicht ohne Mitwirkung gewisser deutscher Stellen erfolgt. Jedenfalls diene sie, so heißt es in der Notiz, als Ausgangspunkt für ein deutsches Manöver, dessen Zweck es sei, den französischen Einfluß in der Regierungskommission zu vermindern. Zuerst und vor allem wolle man das belgische Mitglied Lambert zu Fall bringen, das schon seit sieben Jahren in der Regierungskommission aufs strikteste für die Erfüllung des Versailler Vertrages eingetreten sei (!) und sich dafür den Haß der germanophilen Saarländer zugezogen habe. Die deutschen Bemühungen gingen dahin, Lambert durch einen Neutralen, einen Skandinavier oder einen Balten, zu ersetzen. Aber damit nicht genug, wolle man sich auch den Vorsitz in der Regierungskommission sichern. Das Bestreben sei, das saarländische Mitglied der Regierungs-

kommission K o s m a n n mit dem Vorsitz zu betrauen. K o s m a n n, der dem saarländischen Zentrum angehört, stehe in engsten Beziehungen zum Reichskanzler Marx und könne daher der Unterstützung des Berliner Auswärtigen Amtes unbedingt sicher sein.

Diese ebenso dummen wie unwahren Behauptungen des Pariser Heßblattes reißen aber die Schleier von der französischen Saarpolitik für jeden, der politisch sehen kann und will. Wenn das Blatt behauptet, daß Herr Lambert „auf's strikteste für die Erfüllung des Versailler Vertrages eingetreten sei“, so braucht nur daran erinnert zu werden, daß 1. unter seiner Mitwirkung vertragswidrig die französische Währung im Saargebiet eingeführt, 2. die Losreißung der Sozialversicherung von der des Reiches durchgeführt, 3. die sogenannte Saareinwohnerschaft geschaffen wurde, die den eingeborenen Saardeutschen den Rechten jedes einwandernden Franzosen nachordnet, 4. die Auslösung des Saargebietes durch Frankreich durch entsprechende Maßnahmen der Saarregierung durchgeführt werden konnte, 5. die französische Saarbesatzung unter Bruch der Saarstatutsbestimmungen heute noch im Saargebiet sich aufhält, usw.. Gerade Herr Lambert ist es gewesen, der Herrn Stephens die Durchführung seiner Aufgabe, die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung zu sichern, gemeinsam mit dem tschechischen und französischen Mitglied der Saarregierung unmöglich machte. Welches Interesse irgend eine deutsche Stelle hätte haben können, Herrn Stephens zum Rücktritt zu veranlassen, bleibt das Geheimnis des Pariser Blattes. Eines allerdings lassen die Ausführungen deutlich erkennen: Die Sorge Frankreichs, eine Neuzusammenstellung der Saarregierung könnte das bisherige Mehrheitsverhältnis innerhalb der Saarregierung zugunsten einer neutralen Mehrheit verschoben. Im Saargebiet erwartet man jedenfalls, daß sich der Völkerbundsrat bei seiner Ernennung lediglich von sachlichen, d. h. unbeeinflussten Gesichtspunkten leiten läßt. Bei einer Ernennung des Herrn Lambert würden sich erneut die Schwierigkeiten ergeben, die bei der Präsidentschaft des Herrn Rault bestanden, daß er nämlich bei seiner völligen Unkenntnis der deutschen Sprache nicht die Möglichkeit hat, sich mit der Bevölkerung oder ihren beauftragten Vertretern zu verständigen. Die Verwendung eines Dolmetschers hat sich als außerordentlich störend erwiesen. Bei Herrn Lambert kommt noch hinzu, daß er in all den sieben Jahren seiner Tätigkeit in der Saarregierung sich keinerlei Mühe gegeben hat, um mit der Bevölkerung des Landes in ein vertrauensvolles Verhältnis zu kommen. Im Gegensatz zu Herrn Stephens, der mit Recht von sich behaupten kann, daß die Tür zu seinem Geschäftszimmer jedermann ungehindert offen steht.

Die Andeutungen in der französischen Presse geben aber einen deutlichen Beweis dafür, daß die Frage der Neuernennung der Mitglieder der Regierungskommission des Saargebiets und des Saarpräsidenten ziemlich scharfe Kämpfe im Völkerbund auslösen werden. Daß dem Völkerbund von deutscher Seite hierfür Vorschläge unterbreitet werden, ist kaum anzunehmen. Wohl kann aber erwartet werden, daß alle von anderer Seite kommenden Vorschläge von der deutschen Delegation im Völkerbund ernsthaft, aber sachlich geprüft werden. Bekanntlich wird Deutschland für die diesmalige Ratstagung in Genf den Vorsitz führen. Dr. Stresemann, der sich zur Erholung nach dem Süden begeben hat, ist in der Absicht dort hingegangen, von seinem Urlaub aus direkt nach Genf zu fahren. An dieser Absicht könnte nur das Eintreten ganz unvorhergesehener politischer Ereignisse etwas ändern. In einem Teil der Presse wurde behauptet, daß Dr. Stresemann nur nach Genf reisen würde, wenn auch der englische und französische Außenminister an der Ratstagung teilnehmen würden. Diese Auffassung ist falsch. In Deutschland betrachtet man die Ratstagungen als eine Institution des Völkerbundes und nicht lediglich als Möglichkeiten für die Zusammenkunft der Außenminister einiger Großmächte. Deutschland würde ein Fernbleiben von der Ratstagung gewissermaßen als eine Zurücksetzung des Völkerbundes betrachten, falls nicht außergewöhnliche Gründe das Erscheinen

unmöglich machten. Uebrigens ist in den letzten Tagen gemeldet worden, daß sowohl Briand wie Chamberlain nach Genf gehen werden!

Somit wird also Dr. Stresemann den Beratungen in Genf nicht nur beiwohnen, er wird dort diesmal den Vorsitz führen, und damit auf die Entscheidungen des Völkerbundesrates einen nicht unbedeutenden Einfluß haben. Dieser wird aber nicht so groß sein, um etwa einen von französischer Seite beabsichtigten Vorstoß gegen die Neutralität der Saarregierung erfolgreich abwehren zu können. Dazu liegen die Mehrheitsverhältnisse für Deutschland zu ungünstig. Es kann sich vielmehr nur darum handeln, daß Dr. Stresemann sein Ansehen, daß er in der diplomatischen und politischen Welt genießt, und seine Autorität als Ratspräsident in die Waagschale wirft, um eine Entscheidung des Völkerbundesrates in der Saarfrage zu erwirken, die dem Charakter des Völkerbundesrates als neutrale Völkerinstanz entspricht. Man wird sich trotzdem keinen Illusionen hingeben dürfen, da beispielsweise die Einstellung Polens nicht erwarten läßt, daß dieses der Neutralität des Völkerbundes oder der Autorität seiner Entscheidungen irgendwelches Verständnis abzugewinnen vermag. Man wird damit rechnen müssen, daß die Präsidentenkrise im Saargebiet, wenn auch keine Krise, so doch bestimmt größere Schwierigkeiten innerhalb des Völkerbundesrates hervorrufen wird.

Wenn man den Rücktritt des Herrn Stephens historisch betrachtet, so ergibt sich, daß auch schon sein Landsmann Waugh, der ihm als kanadisches Mitglied voranging, sein Mandat freiwillig niederlegte, weil auch er mit den Methoden der französisch-belgisch-tschechischen Mehrheit der Saarregierung nicht einverstanden war. Herr Waugh war es, der seinerzeit im Völkerbundsrat auf die autoritativen Regierungsmethoden des Herrn Rault hinwies, die so weit gingen, daß er über die Köpfe der übrigen Kommissionsmitglieder hinweg direkte Verhandlungen mit der

französischen Regierung führte und sich dort für alle finanziellen und wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen Weisungen holte. Das Verhalten Herrn Stephens jetzt entspricht in vieler Hinsicht dem Vorgehen des Herrn Waugh. Man wird abwarten müssen, ob Herr Stephens wie dieser nach seinem Ausscheiden aus der Saarregierung ähnliche Mitteilungen über das vertraglose Verhalten und das instruktionswidrige Vorgehen der französisch-belgisch-tschechischen Mehrheit der Saarregierung machen wird wie seinerzeit Herr Waugh. Man sollte aber wenigstens das eine erhoffen dürfen, daß der Völkerbund aus den doch immerhin beachtlichen Anzeichen, wie sie sich aus dem Rücktritt des Herrn Stephens bzw. Herrn Waugh ergeben, eine Lehre zieht und endlich die Notwendigkeit anerkennt, vertragsmäßige Zustände an der Saar zu schaffen. Dazu gehört in erster Linie die Schaffung einer neutralen Regierungskommission unter einem neutralen Präsidenten. Auf jeden Fall sollte im Völkerbund die Notwendigkeit der Beseitigung der von Anbeginn bestehenden französisch-belgisch-tschechischen Mehrheit erkannt werden.

★

Der Nachfolger Stephens wieder ein Kanadier?

Ueber die Nachfolgerschaft des ausscheidenden Präsidenten Stephens ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Es scheint aber, als ob Kanada Anspruch darauf erhebt, daß wiederum ein Kanadier zum Saarpräsidenten ernannt wird. Als solcher wird von den verschiedensten Seiten Sir Herbert Ames genannt. Ames steht im 60. Lebensjahre, gilt als sehr wohlhabend, beherrscht etwas die deutsche Sprache und ist ein tüchtiger Verwaltungsbeamter. Er gehörte von 1914 bis 1919 dem kanadischen Parlament an und versah dort die Stelle eines Finanzdirektors. Von 1919 bis Juni 1925 war er Finanzdirektor des Völkerbundssekretariats. An der letzten Völkerbundsversammlung nahm er als Delegierter Kanadas teil. Er scheint somit eine ganze Reihe von Eigenschaften zu besitzen, die ihn für die Präsidentschaft im Saargebiet geeignet erscheinen lassen.

Ein unannehmbarer Vorschlag.

Schaffung einer Bahnschutztruppe im Saargebiet unter dem Kommando der französischen Rheinlandbesatzung

Kurz vor dem Zusammentritt der Märztagung des Völkerbundesrates wurde in Genf der neue Vorschlag bekannt, den die Saarregierung im Auftrage des Völkerbundesrates in der Saartuppenfrage ausgearbeitet hat. Dem Völkerbundsrat lagen bekanntlich für seine Dezembertagung drei Vorschläge der Saarregierung vor, die den drei verschiedenen Ansichten innerhalb der Regierungskommission des Saargebietes entsprachen. Der Vorschlag der profranzösischen Mehrheit innerhalb der Saarregierung sah die Aufrechterhaltung einer französischen Besatzung in Stärke von mindestens 800 Mann als militärischen Bahnschutz vor, Präsident Stephens verlangte Zurückziehung der französischen Truppen unter der Bedingung, daß sie gegebenenfalls wieder ins Saargebiet dirigiert werden, während das saarländische Mitglied entsprechend den vertraglichen Bestimmungen bedingungslos Zurückziehung der nunmehr bereits sieben Jahre vertragswidrig aufrecht erhaltenen französischen Saarbesatzung verlangte.

Während der Dezember-Verhandlungen des Völkerbundesrates ist dann von französischer Seite der Vorschlag gemacht worden, die Sicherung der Saareisenbahn durch ein sogenanntes ziviles Bahnschutzkorps vorzunehmen. Da man auf saarländischer wie auch auf deutscher Seite hinter diesem Vorschlag nichts anderes erblicken konnte, als den Versuch, den bisherigen Zustand nur durch andere Uniformierung der Truppen aufrecht zu erhalten, so kam eine Einigung damals nicht zustande, vielmehr beauftragte man die Saarregierung, einen neuen Vorschlag auszuarbeiten, der den in den Genfer Verhandlungen zutage getretenen Gesichtspunkten Rechnung tragen sollte. Das Ergebnis dieses Auftrages ist der jetzt in Genf eingegangene sogenannte Kompromißvorschlag, der, wie aus einem Begleitschreiben hervorgeht, die Unterstützung von vier Mitgliedern der fünfköpfigen Regierungskommission gefunden hat.

Der neue Bericht der Saarregierung hat folgenden Wortlaut:

Nachdem die Regierungskommission des Saargebietes über die Resolution des Völkerbundesrates vom 18. März und vom 11. Dezember 1926 beraten hat, unter Berücksichtigung der Ansicht des Völkerbundesrats, daß die Frage der Freiheit der Transporte und des Transits auf dem Eisenbahnnetz des Saargebietes ein Spezialproblem sei, unabhängig von der Frage des Schutzes von Leben und Eigentum, unter Berücksichtigung, daß der Völkerbundsrat die Regierungskommission eingeladen hat, die Frage vor der Räumung des Territoriums durch die dort garnisonierten Truppen zu lösen, unter Berücksichtigung, daß der Völkerbundsrat der Regierungskommission mitgeteilt hat, daß sie zu ihrer Verfügung eine Streckenkommission haben müsse, ausgestattet mit den notwendigen Mitteln, beehrt sich die Regierungskommission des Saargebietes, entsprechend den Richtlinien des Völkerbundesrats, diesem folgende Vorschläge zur Prüfung zu unterbreiten: Ausschließlich zum Schutze und zur Sicherung der Transporte und des Transits auf dem saarländischen Eisenbahnnetz ist vorgesehen:

1. Die Beibehaltung der jetzigen Streckenkommission,

die weiterhin im engsten Kontakt mit den Militärbehörden in den besetzten Gebieten ihre Aufgabe zu erfüllen hat, wie die Ausübung der Disziplinar- und Polizeigewalt über die das saarländische Eisenbahnnetz benutzenden Militärtransporte, Organisation und Kontrolle der Truppen- und Kriegsmaterialtransporte im Einklang mit den zuständigen Verwaltungsorganen des Territoriums, die Bewachung und Sicherung der dafür notwendigen telegraphischen und telephonischen Verbindungen, Erleichterung der Abrechnung zwischen der Eisenbahnverwaltung und den interessierten Truppenteilen. Die Streckenkommission setzt sich zusammen aus der notwendigen Anzahl von Offizieren, technischen Agenten und Subalternen

Personal. Sie wird in den bisherigen Grenzen gehalten und darf auf keinen Fall mehr als hundert Personen umfassen.

2. Die Anwesenheit einer Schutztruppe für die Eisenbahn

im Saargebiet, deren Zusammensetzung eine internationale sein könnte und zu deren Aufstellung die Regierungskommission sich in Verbindung setzen würde mit den Besatzungsmächten der Rheinlande. Diese Truppe würde ausschließlich zu dem Zwecke organisiert, um über die Sicherheit des Transits und der Transporte auf dem Eisenbahnnetz des Saargebietes zu wachen. Sie würde nicht das Recht besitzen, sich in die Aufrechterhaltung der Ordnung oder in den Schutz von Leben und Eigentum einzumischen außer in den Fällen, die zum Schutze der Eisenbahn, der telegraphischen und telephonischen Verbindungen notwendig sind. Die Truppe wird kenntlich gemacht durch ein besonderes Abzeichen, das jedes Mitglied der Truppe während der Dienstzeit zu tragen hat.

Die Stärke der Truppe beträgt 800 Mann.

3. Die Streckenkommission wird sich zur Verfügung der Regierungskommission stellen, wenn diese es für notwendig erachtet. Von diesem Augenblick an verfügt die Streckenkommission, deren Aufgabe sich auf den Schutz der Eisenbahnanlagen und der telegraphischen und telephonischen Linien beschränkt, außer der unter 2. aufgeführten Schutztruppe, welcher der Schutz des Bahnhofes von Saarbrücken, sowie der Linie Saarbrücken—Mainz über Neunkirchen obliegt, direkt über zwei in Forbach bzw. in Saargemünd stationierte Bataillone. Diese beiden Bataillone müßten mit einem Autopark ausgerüstet sein, der ihnen gestattet würde, unverzüglich ihren Bestimmungsort zu erreichen, wobei das in Forbach liegende Bataillon den Schutz der Linie Saarbrücken—Trier über Merzig übernehmen müßte, und das andere Bataillon den Schutz der Linie Saarbrücken—Homburg und der Linie im Blietal.

4. Für den Fall der Dienstverweigerung des Eisenbahnpersonals wird die Streckenkommission von der Regierungskommission beauftragt, die Weiterführung des Betriebes mit Hilfe der technischen Kräfte zu sichern, über welche sie verfügt, oder welche sie in einer beschränkten Anzahl herbeirufen kann.

5. Für das Saargebiet darf aus der Organisation und dem Unterhalt der Streckenkommission sowie der Schutztruppe keine finanzielle Last erwachsen.

Die Regierungskommission glaubt durch diese Vorschläge die Notwendigkeit der Freiheit der Transporte und des Transits auf den saarländischen Eisenbahnen, die sie nach den vom Völkerbundsrat übertragenen Verpflichtungen unter allen Umständen zu gewährleisten hat, mit dem Wunsche der Beschränkung der Lasten für die Bevölkerung in Einklang gebracht zu haben. Die im Saargebiet zu stationierende Schutztruppe würde teils in Saarbrücken kaserniert und teils in Lokalitäten untergebracht, welche von der Minenverwaltung in Sulzbach und Neunkirchen zur Verfügung zu stellen wären. Es würden sich also keine Wohnungsschwierigkeiten ergeben. Nach dem Inkrafttreten der vorgeschlagenen Organisation würde nichts mehr der Räumung des Saargebietes durch die dort weilenden Truppen im Wege stehen, wie dies bereits durch die französische Regierung am 18. März 1926 angekündigt worden ist. Diese Räumung aber würde gestatten, eine größere Anzahl von Kasernen und anderen Lokalitäten der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Das von Stephens unterzeichnete und das Datum vom 18. Februar tragende Schriftstück schließt mit der Bemerkung, daß es mit vier Stimmen angenommen worden ist. Ein Mitglied der Regierungskommission habe nicht für den Bericht gestimmt, da es ihn nicht in allen Punkten annehmen könne.

An den neuen Vorschlägen überrascht zunächst die Tatsache, daß sie auch die Zustimmung des Präsidenten der Saarregierung gefunden haben. Ob diese Zustimmung aus innerer Überzeugung oder auf bestimmten Druck von außen hin erfolgt ist, kann nur Präsident Stephens selbst erklären. Die Tatsache aber, daß Herr Stephens in der Saartruppenfrage in Übereinstimmung mit dem saarländischen Mitgliede Rohmann bisher den Standpunkt vertrat, daß die vertraglichen Bestimmungen von Versailles die Unterhaltung irgendeiner militärischen Besatzung oder Garnison nicht zulassen, daß vielmehr aller notwendig erscheinender Schutz

zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung lediglich einer örtlichen Gendarmerie zu übertragen ist, lassen einen äußeren Einfluß auf seine Meinungsänderung vermuten.

Was den Inhalt der neuen Vorschläge der Saarregierung in der Frage der Saartruppen angeht, so stellt er im Grunde noch eine Verschärfung des Dezembergutachtens der profranzösischen Mehrheit in der Saarregierung dar. Er läßt somit gewisse Folgerungen auf einen neuen außenpolitischen Kurs der französischen Regierung zu. Vom rechtlichen Standpunkt aus widerspricht dieser neue Vorschlag in seiner Gesamtheit wie in seinen Einzelpunkten einer ganzen Reihe von Bestimmungen des Versailler Vertrages bzw. des Saarstatuts. Ausgangspunkt für die Beurteilung der zur Erörterung und Entscheidung stehenden Saartruppenfrage ist § 30 des Saarstatuts, der festlegt, daß „im Saarbecken keinerlei Heeresdienst, weder pflichtmäßiger noch freiwilliger, geleistet wird“, ferner: „Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe eingerichtet“. Die Vorschläge widersprechen weiter dem Artikel 49 des Versailler Vertrages, in welchem die Treuhänderschaft des Völkerbundes festgelegt ist, sie widersprechen außerdem dem § 19 des Saarstatuts, in welchem dem Regierungsausschuß „alle Regierungsbefugnisse, die früher dem Deutschen Reich, Preußen und Bayern zustanden, eingeräumt werden, und ihm die volle Freiheit in der Verwaltung und Ausbeutung der Eisenbahnen garantiert wird; sie widerspricht schließlich dem § 22 des Saarstatuts, in dem dem Regierungsausschuß die volle Ruhnsetzung des gesamten Eigentums der früheren Regierungen im Saargebiet zugesprochen ist. Auch sind die neuen Vorschläge der Saarregierung nicht mit den feierlichen Versicherungen der alliierten und assoziierten Mächte zu vereinbaren, wie sie sie in ihrer Note vom 16. Juni 1919 an die deutsche Friedensdelegation abgegeben haben, und in welcher es heißt: „Diese (die Regierungs-Kommission) ist nicht der französischen Regierung, sondern dem Völkerbunde verantwortlich.“ In der Mantelnote der assoziierten und alliierten Regierungen vom gleichen Tage ist ebenfalls gesagt: „das Gebiet wird nicht unter die Souveränität Frankreichs gestellt, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes.“

Das, was in den neuen Vorschlägen der Saarregierung erstrebt wird, ist nichts anderes als die Verewigung einer französischen Besatzung, die, wie es in den Vorschlägen ausdrücklich heißt, dem Kommando der französischen Rheinarmee unterstellt bleibt. Wenn in dem sog. Gutachten davon die Rede ist, daß diese befürwortete „Eisenbahnschutztruppe“ international zusammengesetzt sein könnte, so ist das eine rein äußerliche Konjunktionsphrase, um nicht gar zu deutlich werden zu lassen, daß man im Grunde doch nur an eine Truppe denkt, die der bisherigen Besatzung wie ein Ei dem andern gleicht.

Es sollte eigentlich als ganz ausgeschlossen erscheinen, daß der Völkerbund einer solchen Lösung zustimmt, die die Aufstellung einer besonderen Schutztruppe neben der örtlichen Gendarmerie verlangt und sie außerdem in engste Verbindung mit den Militärbehörden des Rheinlandes bringt. Hierdurch würde die Souveränität der Saarregierung bzw. des Völkerbundes in nicht zulässiger Weise durch Stellung unter den Befehl der französischen Besatzungstruppen eingeschränkt. Der Vorschlag spricht ausdrücklich von Offizieren, die dieser Truppe angehören sollen, weiter davon, daß zu diesem Eisenbahnschutz auch noch Bataillone in Forbach und Saargemünd gehören sollen und daß sich die Eisenbahnschutztruppe außer mit dem Eisenbahn- auch mit dem Telephon- und Telegraphendienst zu befassen habe. Mit der Anerkennung dieses Vorschlages würde die gesamte Saarverwaltung einen völlig neuen Charakter erhalten und die Befugnisse des Völkerbundes beschnitten, die Rechte Frankreichs aber in bedenklichem Maße vermehrt.

Ganz besonders bedenklich muß die Bemerkung in dem Vorschlag stimmen, daß die Eisenbahnkommission „im Einvernehmen mit der Saarregierung die Transportfrage zu organisieren und ihre Finanzierung zu erleichtern habe“. Nach den bisherigen Gepflogenheiten würde das also bedeuten, daß Frankreich nicht nur ein ihm zustehendes Recht zur Benutzung der Saarbahnen für seine Militärtransporte ausdrücklich durch den Völkerbund be-

stättig erhalten würde, sondern daß es weiter hinsichtlich der von den Saareisenbahnen zu übernehmenden französischen Truppen-, Munitions-Transporten usw. Vorzugstarife auf Kosten der Saargebietsbevölkerung verlangt. Es ist bekannt, daß den Saareisenbahnen aus den für Frankreich ausgeführten Kohlentransporten, für die übernommene Beförderung der Saarbesatzung, wie für die vertragswidrig verlangte Durchführung der französischen Militärtransporte usw. für die französische Rheinarmee erhebliche Defizite entstanden sind. Diese bisher vom Völkerverbund nicht beanstandete Willkür will sich Frankreich jetzt ebenfalls sanktionieren lassen.

Leider ist von Anfang deutscher- und saarländischerseits versäumt worden, beim Austausch der ersten Pläne über die Sicherung der Saareisenbahnen zugunsten der französischen Truppentransporte darauf hinzuweisen, daß Frankreich nicht das mindeste Recht hat, die Saarbahnen für Transporte seiner Rheinarmee zu benutzen. Das Saargebiet ist ein Abstimmungsgebiet, auf das Deutschland und Frankreich Anspruch erheben. Daß das Saargebiet zum Abstimmungsgebiet erklärt wurde, ist dem Clemenceauschen Schwindel über die angeblich vorhandenen 150 000 Saarfranzosen zu danken. Da man aber dieses Abstimmungsgebiet geschaffen hat und die Bevölkerung nach 15 Jahren aufrufen wollte, sich zwischen Deutschland und Frankreich zu entscheiden, so darf Frankreich nicht das Recht eingeräumt werden, dieses während der Abstimmungszeit bevorrechtet politisch beeinflussen zu können. Frankreich ist zur Respektierung des Saargebiets als Völkerverbundsland genau so verpflichtet wie Deutschland. Die Durchleitung französischer Truppentransporte durch das Saargebiet und das Verlangen, für die Sicherung dieser Transporte ein besonderes Bahnschutzkorps im Saargebiet zu unterhalten, ist eine jener Wertwürdigkeiten, die eben nur unter den ungewöhnlichen Verhältnissen erklärlich erscheinen, unter welchen man das Saargebiet völkerrechtlich vom deutschen Mutterlande zeitlich abgetrennt hat.

Hervorgehoben zu werden verdient, daß der neue Vorschlag der Saarregierung in der Truppenfrage ferner insofern über den Dezembervorschlag hinausgeht, als jetzt schon aus den damaligen 800 Mann 900 Mann geworden sind, und daß man in Wirklichkeit mit mindestens 1000 Mann wird rechnen müssen. Es kann aber nicht oft genug hervorgehoben werden, daß die Aufstellung einer besonderen Bahnschutztruppe dem § 22 des Saarstatuts widerspricht, da er eine Schmälerung der der Saarregierung zuerkannten vollen Nutznießung an den Saareisenbahnen bedeutet.

Im Saargebiet gibt es nur eine Stimme der Ablehnung der neuen Vorschläge. Sämtliche politischen Parteien verlangen, daß endlich vertragsmäßige Zustände auch in der Frage der französischen Truppen im Saargebiet geschaffen werden. Jeglicher französischer Einfluß auf die saarländischen Organe, die für Ruhe und Ordnung zu sorgen haben, ist abzulehnen. Schließlich ist das Saargebiet keine französische Kolonie und die Saargebietsbevölkerung ist kein unvollständiges Kolonialvolk. Die Frage der Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland kann nur eine Frage der Zeit bzw. des guten Willens Frankreichs zur Verständigung mit Deutschland sein. Es ist widersinnig, der Saargebietsbevölkerung zu unterstellen, daß sie sich etwa gegebenenfalls den französischen Transporten entgegenstellen würde. Es ist jedenfalls undenkbar dumm, etwa zu glauben oder glauben zu machen, als dächte die Saargebietsbevölkerung in ihrer isolierten Lage daran, sich etwa auf einen tätlichen Widerstand gegen die französische Besatzung einzulassen. Alle diese Unterstellungen und Verdächtigungen der Saargebietsbevölkerung werden nur angeführt, weil Frankreich Rechtsgründe für seine Forderungen nicht zur Seite stehen. Die französische Forderung, wie sie durch das Gutachten der Saarregierung zum Ausdruck kommt, ist vertragswidrig, rechtlich unbegründet und unsinnig und muß auf jeden Fall vom Völkerverbund abgelehnt werden.

Welche Stellung Deutschland bzw. der deutsche Vertreter im Völkerverbund zu diesem Vorschlag der Saarregierung einnehmen wird, ist noch nicht bekannt. Die „Saarbrücker Landeszeitung“ hält es aber nicht für unmöglich, daß sich Dr. Stresemann mit dieser Lösung im Interesse des deutsch-französischen Ausgleichs einverstanden erklären würde. Dann würde, so sagt das Blatt, die deutsche Regierung ihren in vielen Noten gekennzeichneten Rechtsstandpunkt verlassen und einen gesetzeswidrigen Zustand im Saargebiet billigen. Es bleibe dahingestellt, ob eine derartige Stellungnahme von der Bevölkerung

an der Saar verstanden würde. Gebilligt würde sie jedenfalls nicht. Eine deutsch-französische Annäherung begrüße die Saarbevölkerung sicherlich mit großer Freude. Diese dürfe aber nicht auf Kosten eines ganz klaren Rechtsanspruches geschehen, der auf selten des Saargebietes liegt. Wenn die deutsche Regierung sich diesem Arrangement anschließen würde, könnte die politische Rückwirkung im Saargebiet bedenklich werden.

Wir möchten bezweifeln, daß das Saarbrücker Blatt die Auffassung der deutschen Regierung richtig ausführt. Zunächst dürfte die Reichsregierung nach Bekanntwerden dieses Vorschlages versucht haben, in diplomatische Vorverhandlungen ihren bisher vertretenen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Dieser Standpunkt ist in dem umfangreichen Notenwechsel schon zu einer Zeit niedergelegt worden, als Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerverbundes war. In diesem Notenwechsel ist stets darauf hingewiesen worden, daß es im § 30 des im Versailler Vertrag festgesetzten Saarstatutes ausdrücklich heißt: Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet.

Demgemäß waren alle deutschen Regierungen seit Jahren bemüht, die Entferrnung französischer Truppen aus dem Saargebiet durchzusetzen. Bisher gelang es aber lediglich, eine Verringerung der Truppenbestände zu erzielen. Aber auch die noch im Saargebiet anwesenden Truppen sind eine schwere Belastung für die Bevölkerung.

Gegen die jetzt wiederum geplante Umwandlung der französischen Truppen in einen Eisenbahnschutz hat sich, worauf die „Tägl. Rundschau“ hinweist, die deutsche Regierung schon früher grundsätzlich gewandt, denn diese Umwandlung würde eine dauernde Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet zur Folge haben.

An diesem Standpunkt hat sich nach unserer Auffassung bisher nichts geändert. Er deckt sich vielmehr vollkommen mit der Auffassung, die man im Saargebiet über die Saarbesatzungsfrage hat. Vielleicht ist die Meinung, daß die deutsche Regierung sich dem Kompromißvorschlag der Saarregierung angeschlossen habe, durch eine Meldung des Genfer Berichterstatters der „Köln. Zeitung“ entstanden, in der gesagt war, daß über die neue Lage zwischen Frankreich und Deutschland bereits verhandelt worden wäre. Hier handelt es sich jedoch nach unseren Informationen entweder um eine irrtümliche Auffassung des Kölner Blattes oder um eine unklare Ausdrucksform. Im Dezember hat zwischen den französischen und deutschen Völkerverbundsdelegierten lediglich über den damaligen französischen Vorschlag eine Aussprache stattgefunden, der die Schaffung einer zivilen Bahnschutztruppe vorlag. Bekanntlich hat Deutschland diesen Vorschlag rundweg abgelehnt. Es hat sich inzwischen nichts ereignet, was Deutschland hätte veranlassen können, von dem damaligen Standpunkt abzugehen.

*

Erwähnt seien in diesem Zusammenhang noch folgende Kuriositäten, wie sie in Verbindung mit den Meldungen über die Saartruppenfrage in der deutschen Presse zutage getreten sind. Ein Berliner Blatt glaubte aus irgendwelchen Gründen Anlaß zu haben, den französischen Vorschlag, wie er durch die Saarregierung dem Völkerverbund unterbreitet wurde, zum Teil in der französischen Fassung wiedergeben müssen, in dem es von dem Schutz der Linie Saarbrücken-Tréves sprach. Sollte der Genfer Vertreter des Blattes nicht wissen, daß es in Deutschland nicht eine Stadt Tréves, wohl aber eine alte deutsche Stadt Trier an der Mosel gibt? Ein Aachener Blatt überschrieb die Meldung über den Kompromißvorschlag: „Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet? Nur 800 Mann als Polizeitruppe bleiben.“ Das Blatt scheint nicht zu wissen, daß der Kampf in der Saartruppenfrage eben um diese 800 Mann geht. In dem Vorschlag der Saarregierung wird besonders unterstrichen, daß mit der Schaffung der „Schutztruppe“ einem Abtransport der Garnisonstruppen nichts mehr im Wege stünde, so daß eine größere Zahl der Kasernen und andere Lokale zur Verfügung der Bevölkerung gestellt würden. Man kann deutlich die Tendenz dieser Fassung erkennen, indem sie es so darzustellen versucht, als würde der Bevölkerung seitens der französischen Besatzung eine Wohltat erwiesen, wo sie doch ein ihr jahrelang verweigertes Recht hat. Die Kasernen und andere Lokale, die heute noch von der französischen Besatzung beschlagnahmt sind, gehören der Bevölkerung und sind ihr von der französischen Besatzung weggenommen worden.

Das Saargebiet und die Politik der Verständigung.

Es ist nichts neues, wenn hier betont wird, daß man im Saargebiet fast ausschließlich auf dem Boden einer Verständigung zwischen den Völkern im allgemeinen und einer solchen zwischen Deutschland und Frankreich im besonderen steht, und zwar sowohl aus grundsätzlicher Erwägung wie auf Grund praktischer Ueberlegung. Dabei wird jedoch der Wille zu einer ehrlichen Verständigung auf der Grundlage der Anerkennung der restlosen Gleichberechtigung in der Theorie und vor allem in der Praxis als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt sowie die Bereitschaft, das dem Deutschen Reiche und Volke durch den Versailler Vertrag angetane schwere Unrecht aus der Welt zu schaffen und diese Bereitschaft durch die Zustimmung zu einer unverzüglichen Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland zu beweisen, d. h. Verzicht zu leisten auf die Bestimmungen des Versailler Vertrags, die für den Völkerbund und Frankreich bezüglich des Saargebietes in Frage kommen. Dies zu tun sollte allen Politikern, die wirklich ernsthaft auf eine ehrliche Verständigung in Europa hinarbeiten bestrebt sind, nicht schwer fallen; denn sie müssen wissen und wissen auch tatsächlich, daß z. B. die im Versailler Vertrag vorgesehene Abstimmung nur deswegen in den Vertrag aufgenommen wurde, weil man auf Grund unwahrer Angaben angenommen hat, daß es sich im Saargebiet um eine Bevölkerung mit starker französischer Mischung handele. Seit Jahren weiß man jedoch in aller Welt, daß es sich an der Saar um eine rein deutsche Einwohnerschaft handelt und Frankreich niemals damit rechnen kann, daß diese Bevölkerung sich mit einer Angliederung an Frankreich abfinden würde und nicht im entferntesten daran zu denken ist, daß sie sich für eine solche Angliederung oder auch einer dauernden Abtrennung von Deutschland in irgendeiner Form jemals gewinnen lassen wird.

Obwohl man, wie gesagt, dies in aller Welt weiß, und besonders genau in Frankreich hiervon unterrichtet ist, zieht man dort die sich hieraus sowie aus der Einstellung zur Verständigungspolitik ergebenden Schlußfolgerungen, daß es eigentlich Pflicht Frankreichs und des Völkerbundes ist, auf die weitere Ausübung der Regierungsgewalt im Saargebiet und auf eine Abstimmung zu verzichten, nur ganz vereinzelt. Das gilt vornehmlich, ja fast ausschließlich, für die französischen Politiker der Rechten, aber auch von der Mitte und der Linken ist in dieser Hinsicht bisher verhältnismäßig wenig geschehen, worauf man wirklich vertrauen und bauen könnte. Es verdient daher besondere Beachtung, daß ein französischer Rechtspolitiker — Herr Fabre-Luce — bei einer Rede, die er in Berlin im vergangenen Jahre hielt, offen und frei aussprach, daß eine Rückgabe des Saargebietes an Deutschland ohne Abstimmung erfolgen müsse und Deutschland die Saargruben zurückkaufen könne. Seine Ausführungen haben zunächst wohl nicht die verdiente Beachtung gefunden, bzw. sind nicht allgemein bekannt geworden. Sie wurden jetzt jedoch in Broschürenform herausgegeben. Da auch das, was Fabre-Luce grundsätzlich über die Voraussetzung für eine Verständigung sagt, — wenn es auch im Gegensatz zu der in Frankreich vorherrschenden Ansicht steht — sehr interessant ist, sei hier die folgende Stelle aus seinem Vortrag wiedergegeben:

„Von einem Grundsatz sollen jetzt die Tatsachen der Innen- und Außenpolitik unumgänglich bestimmt werden. Der lautet: Frankreich war unter Louis XIV. ein Drittel der Bevölkerung Europas; heute dagegen fast es nur den 11½. Teil der Bevölkerung Europas und ist auf dem besten Wege, ein Zwölftel zu werden. Innenpolitisch bedeutet das, daß es darauf ankommt, die Parole des Selbstgenusses des Individuums auszumergen und an ihre Stelle das Gemeinschaftsgefühl der Seelen zu erwecken. Auch außenpolitisch bestimmt jener Grundsatz die Bahnen, die Frankreich zu beschreiten haben wird. Frankreich muß vielmehr der gemeinsamen europäischen Größe und Gesundheit dienen. Im Rahmen dieser Aufgabe wird es auch seine eigene Gesundung finden. Die Logik fordert von mir, mit der Bewegung der „Droite Nouvelle“ in meinem Vaterlande anzufangen. Ich mußte sie in Frankreich mit einer Parteigründung beginnen, weil es bei dem herrschenden französischen Geiste unmöglich ist, sie von Anfang an als eine rein europäische Angelegenheit zu organisieren. Nun ist die „Droite Nouvelle“ sachungsgemäß eine europäische Partei für die Zusammenarbeit der erneuerten und verjüngten Rechtsgruppen. Das bedeutet die Idee des europäischen Friedens.“

Wir haben uns zu einer Kampforganisation zusammengeschlossen, die gegen die Lügen ankämpfen will, auf denen das gegenwärtige Europa basiert. Wir haben alle als das gemeinsame Merkmal der europäischen Völker das Christentum erkannt und uns das christliche Gebot der Gleichachtung des Nächsten zur Richtschnur genommen. Das bedeutet Gleichberechtigung der Nationen im europäischen Rahmen. Nehmen wir diese Gleichberechtigung als Grundsatz, so resultiert daraus die Forderung nach natürlichen Grenzen an Stelle der unnatürlichen. Danach muß deutsch werden, was deutsch ist, ungarisch werden, was ungarisch ist, französisch sein, was französisch ist. — Ich sage Ihnen aber nicht, was deutsch war, muß wieder deutsch werden, sondern was in Wirklichkeit deutsch ist, muß deutsch werden. Dazu gehört vor allem eine kritische Feststellung der Nationalitätenbelange. Nach unserer synthetischen Betrachtungsweise gibt es vier Merkmale der Nationalitätenbelange: Rasse, Sprache, Geschichte und Volkswillen. Wenn diese vier zusammen kommen, ist nach unserer Auffassung die nationale Zugehörigkeit zweifelsfrei erwiesen und die entsprechende Bevölkerung muß dem betreffenden Staat zugesprochen werden. Als Konsequenz dieser Gedanken habe ich für Deutschland folgende Punkte für die Revision des Versailler Vertrags herausgestellt:

1. Rückgabe Danzigs, des Weichsekorridors und des Memellandes.
2. Rückgabe Ost-Oberschlesiens (vielleicht mit Ausnahme eines kleinen rein polnischen Teiles).
3. Rückgabe Eupens und Malmédys.
4. Rückgabe der Kolonien.
5. Keine Abstimmung im Saargebiet, sondern Rückgabe; Rückkauf der Minen durch Deutschland.
6. Gemeinsame Lösung nach dem Willen der Bevölkerung für die Provinzen Posen, Schleswig und Elß-Lothringen.
7. Freistellung des Anschlusses Oesterreichs nach dem Willen seiner Bevölkerung.
8. Politische, kulturelle und wirtschaftliche Garantien der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei.
9. Abänderung des Dawesplanes; direkte Zahlungen Deutschlands an Frankreich.
10. Gleichberechtigung beider Länder in Militärfragen, Abschaffung der Kontrolle.
11. Räumung des besetzten Gebietes in 1½ Jahren oder weniger (3 Perioden von 6 Monaten).

Es ist eins meiner Ziele, hier in Deutschland dasselbe zu drucken und zu propagieren, was ich in Frankreich drucken und propagieren kann. Ich glaube, daß das der einzige Weg ist, jedes Mißverständnis zu beseitigen. Ich will unter meiner persönlichen Verantwortung in einer deutschen Ausgabe unserer Zeitschrift denselben Aufsatz drucken lassen, der unter meiner Verantwortung in Paris französisch erscheint. Mein weiteres Ziel ist, meine Zeitschrift auch in ungarischer, schwedischer und polnischer Sprache erscheinen zu lassen. Da ich aber in allen Fällen mein eigener Advokat sein kann (ich bin der meisten europäischen Sprachen mächtig), wird es mir möglich sein, mir selbst treu zu bleiben und die große Linie einer europäischen Rechten, wie sie mir vorschwebt, zu wahren. Nur von einer mitteleuropäischen Rechten aus können wir Europa dem konservativen Gedanken, dem neuen antiplutokratischen Rechtsgeist zurückerobern.“

Der „Saar-Freund“ ist nicht der Ort, der sich für eine Auseinandersetzung mit Herrn Fabre-Luce über seine Ansicht über seine mitteleuropäischen Rechten mit Aufgaben, wie sie ihm vorschweben, eignet. Vielleicht darf aber bemerkt werden, daß man sehr wohl der Meinung sein kann, daß es auch andere Möglichkeiten, um zu einer Verständigung und zu einem friedlichen Zusammenarbeiten zu kommen, gibt. Was wir aber an den Ausführungen des Herrn Fabre-Luce besonders begrüßen — und zwar im Interesse der Befriedung Europas — ist seine grundsätzliche Einstellung zu dem gesamten Fragentempel, der die Staatszugehörigkeit betrifft. Werden diese Fragen in dem von ihm dargelegten Sinne geregelt, dann sind die hauptsächlichsten Streitpunkte in Europa beseitigt. So sehr wir eine Regelung in dem dargelegten Sinne aber auch wünschen, so wenig Hoffnung haben wir, daß die in Betracht kommenden Regierungen, vor allem die französische Regierung, hierzu in abseh-

barer Zeit bereit sein werden. Einstweilen liegen die Dinge leider noch so, daß wir allen Grund haben, anzunehmen, daß Herr Fabre-Luce noch längere Zeit ein Rufer in der Wüste bleibt, besonders soweit seine eigenen Volksgenossen in Frage kommen. Wir werden daher gut tun, uns demgemäß einzustellen, schon um nicht erneut eine allzu große Enttäuschung zu erleben, aber auch um auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln zu versuchen, zu einer friedlichen Verständigung zu kommen. Sollten

wir uns aber in unserer Ansicht über die vorherrschende Einstellung der Franzosen irren und wir durch Tatsachen eines anderen belehrt werden, dann würden wir uns kaum über etwas so aufrichtig freuen, wie über einen solchen Irrtum. Ja, wir erklären gern und offen, daß wir es sehr begrüßen würden, wenn man uns recht bald mit Recht sagen könnte, in dieser Frage war eure Ansicht falsch.

Vor neuen wirtschaftlichen Erschütterungen des Saargebiets.

Zwölfsprozentiger Lohnabbau in Bergbau und Hüttenindustrie.

Am 18. Februar fand in Berlin eine Besprechung zwischen berufenen Vertretern des Saargebiets und Mitgliedern des Vorstandes und der in Frage kommenden Ausschüsse des Bundes der Saar-Bereine statt, mit dem Ziele, ein klares Bild über die politische und wirtschaftliche Lage des Saargebiets zu gewinnen und daraus die Schlussfolgerungen für die Fortführung der Aufklärungsarbeit durch den Saar-Berein zu ziehen. Durch alle Reden, die von den verschiedensten Interessensvertretern gehalten wurden, zog sich übereinstimmend die große Sorge darüber, daß als Auswirkung einer mißgeleiteten Völkerverwaltung an der Saar die wirtschaftlichen Verhältnisse sich in einer Richtung entwickelt haben, die das Auseinanderprallen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen befürchten lassen. An dieser Stelle ist wiederholt auf Vorgänge in der Saarwirtschaft hingewiesen worden, die jeden Freund des Saargebiets bedenklich stimmen müssen. Es ist dabei zum Ausdruck gebracht worden, daß sich unsere Wirtschaftsführer an der Saar in ihren wirtschaftlichen Maßnahmen nicht immer von der Rücksicht auf die politische Eigenheit des Saargebiets haben leiten lassen.

Diese Auffassung wird dadurch bestärkt, daß sich in dem Verhalten der Unternehmerschaft an der Saar kein Unterschied zwischen den Vertretern des deutschen und des französischen Kapitals feststellen läßt. Die Arbeitnehmerschaft kann nur die Auswirkungen einer Wirtschaftspolitik feststellen, die ihr in Gestalt einer mehr oder weniger verständlichen Lohnpolitik entgegentritt. Sie kann dagegen nicht ohne weiteres jene Imponderablen erkennen, die bei scheinbarer Gleichheit des Vorgehens der Unternehmerschaften beider Nationalitäten vielleicht innerlich doch eine verschiedenartige Einstellung zu der Arbeiterschaft bestimmen.

Es ist kein Geheimnis, und es wird täglich an der Saar zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Saararbeiterschaft der deutschen Saarindustrie den Vorwurf macht, daß diese hinsichtlich der Lohnpolitik nicht ungern dem Vorgehen der französischen Unternehmerschaft des Saargebiets gefolgt seien, wenngleich das Verhalten des französischen Unternehmertums, an der Spitze die französische Saargrubenverwaltung, eine politische Auswertung ermöglicht hätte. Wir haben in unserer letzten Nummer mitgeteilt, daß die Direktion der völlig in französischem Besitz befindlichen Fenner Glashütte ihrer Belegschaft auf dem Wege des Lohnabbaues einen Lohnabbau diktierte, ohne sich im geringsten um die Notlage der Arbeiterschaft und um die Vorstellungen der Belegschaftsvertreter zu kümmern. Das Vorgehen der Fenner Glashütte erregte mit Recht nicht nur in Kreisen der Arbeiter- und Angestelltenchaft, sondern in allen Bevölkerungskreisen berechtigten Unwillen. Es zeigte sich hierbei, daß die Frage des Arbeitsrechts und des Schlichtungswesens offenbar im wohlverstandenen Interesse des französischen Unternehmertums an der Saar von Seiten der Saarregierung im wesentlichen bisher ungeklärt gelassen wurde, so daß keinerlei gesetzliche Handhabe bestand, gegen die Fenner Glashütte vorzugehen. Wie rücksichtslos und ohne jegliche vorherige Ankündigung die Direktion der Hütte vorging, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Belegschaft bzw. die Fachgewerkschaft von der Maßnahme des Lohnabbaues so überrascht wurde, daß sie nichts anderes zu tun wußten, als die vollzogene Maßnahme zur Kenntnis zu nehmen.

Nicht weniger überrascht wurde die saarländische Öffentlichkeit von der Tatsache der durch den Arbeitgeberverband der Saarindustrie erfolgten Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife in der Saarindustrie zum 1. März d. J. In der brieflichen Mitteilung an die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen wurde erklärt, daß es sich hierbei lediglich um eine „vorsorgliche“ Maßnahme

handele. Die Arbeitgeber wollten sich für eine Neuordnung der Löhne und Gehälter freie Hand bewahren. Begründet wurde die Kündigung der Tarife mit der Verschlechterung der Lage der Saarindustrie in den letzten drei Monaten, wodurch eine Senkung aller preisbildenden Faktoren zur Notwendigkeit geworden sei. In den Kreisen der Arbeiterschaft wurde in der Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife in der Saarindustrie der erste vorbereitende Schritt für den Abbau der Löhne erblickt. Es ist durchaus begreiflich, wenn sie angesichts der noch völlig ungeklärten Lage hinsichtlich der Währungsentwicklung sich mit allen Mitteln gegen einen die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung weiter verschlechternden Lohnabbau zu wehren suchen.

Für den Kenner der Verhältnisse bildete es keine Überraschung, daß wenige Tage später, nachdem in einer Besprechung der Vertreter der saarländischen Eisenindustrie mit den Vertretern der Gewerkschaften ein 12prozentiger Lohnabbau ab 16. März angekündigt worden war, auch die französische Grubenverwaltung den Gewerkschaften davon Mitteilung machte, daß mit dem 15. März die Löhne auf den Saargruben um 12 Prozent gesenkt wurden. Eine Überraschung war lediglich die Tatsache, daß die Saarindustrie in dieser politisch nicht ganz nebensächlichen Frage dem französischen Grubensystem willkommene Schrittmacherdienste leistete.

In der erwähnten Berliner Besprechung sind diese Fragen in Verbindung mit der der Betreuungsaktion für die Beamten und der Zollstundungen von dem jeweiligen Standpunkt sowohl der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeberschaft eingehend behandelt worden. Wenn auch eine Übereinstimmung der Auffassungen dabei nicht erreicht werden konnte, weil ja das auch gar nicht die Aufgabe der Konferenz war, so bestand doch über die politische Seite der Angelegenheit die einmütige Ansicht, daß die sich fortentwickelnde Wirtschaftskrise mit allen wirtschaftlichen und sozialen Nöten der arbeitenden Bevölkerung und des kleinen Mittelstandes nur aufgehalten werden kann, wenn die Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland so schnell wie möglich durchgeführt wird. Die Wünsche der Saarvertreter gingen daher dahin, die Reichsregierung möge in ihren Verhandlungen mit Frankreich auf eine beschleunigte Liquidierung der Saarfrage drängen, da alle Voraussetzungen für die Einrichtung eines besonderen Saarregimes restlos in Wegfall gekommen seien.

In einem längeren Aufsatz in der „Saarbrücker Landeszeitung“ untersucht der Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes an der Saar, Otto Pisk, die Fragen:

1. Ist ein Lohnabbau überhaupt notwendig?
2. Welche Folgen hat derselbe zwangsläufig für die gesamte Saarwirtschaft, also außer der Arbeiterschaft auch für Handel und Gewerbe?

Die erste Frage nach der Notwendigkeit des Lohnabbaues wird von dem Verfasser bedingungslos verneint. Es wird behauptet, daß die Saarindustrie wirklich goldene Zeiten hinter sich habe. Schon allein die Zollstundungen des Reiches in den Jahren 1925 und 1926 hätten die Werke „gesund“ gemacht. Pisk gibt zu, daß die Kohlenpreise an der Saar übersteht sind und daß daher der französische Staat, ohne den Lohn, wohl aber die Gewinne abzubauen, die Preise reduzieren müßte. Die Argumente über die hohen Kohlenpreise an der Saar sucht Pisk mit dem Hinweis darauf zu entkräften, daß auch vor dem Kriege die Kohlenpreise im Saargebiet wesentlich höher als an der Ruhr waren. Er verlangt aber, daß die Saarindustrie die Millionen in Rechnung stellt, welche sie an den Nebenprodukten der Kohlen verdient. Den Hinweis, daß die Löhne im Saargebiet höher seien, als im Reich, sucht Pisk damit außer Rechnung zu stellen, daß die steuerlichen und sonstigen Belastungen der deutschen Wirtschaft höher seien als im Saargebiet. Vor

allem treffe das hinsichtlich der sozialen Lasten zu. Er deutet dabei an, daß durch die steuerliche Bevorzugung der französischen Industrie im Saargebiet auch die deutschen Industriellen an der Saar profitierten. Auf Grund einer Gegenüberstellung der Löhne in gleichartigen Betrieben der Schwerindustrie des Ruhrgebietes und des Saargebietes stellt Pid fest, daß in Wirklichkeit die Löhne im Saargebiet zum Teil wesentlich niedriger seien als im Ruhrgebiet, von Einzelausnahmen abgesehen.

Das gelte auch besonders von den Löhnen der Bergarbeiter. Daß dabei die Gewinne an den Kohlenpreisen im Ruhrgebiet aber niedriger sind als im Saarbergbau, setzt Pid als bekannt voraus, so daß die Ermäßigung der Kohlenpreise nicht mit einem Lohnabbau für die Belegschaften der Saargruben verbunden sein müßte. Es könne jedenfalls angesichts der mitgeteilten Zahlen von der Notwendigkeit eines Lohnabbaues nicht die Rede sein. Pid behauptet weiter, daß selbst ein erheblicher Lohnabbau eine solche minimale Verringerung der Verkaufspreise im Gefolge hätte, daß damit der Industrie nicht geholfen wäre. Dazu komme, daß die Entwicklung auf dem deutschen Eisenmarkt, besonders auf dem deutschen Inlandsmarkt, nicht ungünstig sei und auch den Saarwerken keine Verlustgeschäfte zumute, diese aber wohl in den Stand setze, zum mindesten die bisherigen Löhne weiter zu zahlen.

Im weiteren unterstreicht Pid die Auffassung, daß bei einer Durchführung eines systematischen Lohnabbaues die deutsche erwerbstätige Saarbevölkerung an den Rand des Ruins gebracht würde, da der gesamte saarländische Innenmarkt fast ausschließlich von dem Einkommen der Arbeitnehmerschaft unterhalten werde. Nach den letzten Veröffentlichungen der Regierungskommission seien im Saargebiet rund 200 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die Bruttolohnsumme dieser Beschäftigten dürfte einschließlich Jugendlichen usw. monatlich pro Kopf 900 Fr. betragen, also insgesamt 180—190 Millionen Franken. Jeder Prozentatz, der an diesem ohnehin noch stark verbesserungsbedürftigen Einkommen abgezogen würde, bedeute eine Verminderung der Kaufkraft dieser Konsumentenmasse und damit Schwächung des gesamten saarländischen Innenmarktes. Der ganze Vorstoß der Industrie richte sich also letzten Endes nicht nur gegen die Arbeiterschaft, sondern auch gegen Handel und Gewerbe im Saargebiet, deren Existenz mit auf dem Einkommen der Arbeiterschaft aufgebaut sei. Was sich heute im Saargebiet abspiele, sei ein Abwehrkampf der gesamten Bevölkerung gegen eine ihr von einer Gruppe internationaler Aktionäre zugebaute weitere Verschlechterung ihrer Existenz.

Diese Ausführungen des bekannten christlichen Gewerkschaftsführers an der Saar geben selbstverständlich die Auffassung wieder, wie sie über den Lohnabbau in der Arbeiterschaft vorherrscht. In deutschen Unternehmerkreisen des Saargebiets werden diese Behauptungen und ihre Schlussfolgerungen nicht in allen Teilen anerkannt. In diesen Kreisen weist man vor allem darauf hin, daß die deutschen Unternehmungen von den französischen des Saargebiets als Konkurrenz betrachtet werden, die man in Verbindung mit den französischen Rohstoffquellen der im Saargebiet von der Industrie benötigten Rohstoffe Konkurrenzunfähig zu machen versucht. Während beispielsweise die Burbacher Hütte ihre lothringischen und luxemburgischen Erzgruben behalten hat, hat vergleichsweise die Völklinger Hütte ihre Erzgruben auf Grund des Versailler Diktats verloren und ist daher gezwungen, die Erze zu den Preisen in Lothringen zu kaufen, die ihr von der französischen Konkurrenz vorgeschrieben werden. Aus dieser Tatsache ergibt sich bei der ganzen Einstellung der französischen Industrie gegen die saarländische, daß von französischer Seite alles aufgeboten wird, um die deutsche Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Von deutscher Unternehmenseite aus dem Saargebiet wird daher erklärt, daß die Lage der deutschen Saarindustrie außerordentlich ungünstig ist, um so mehr, da gewisse, der Öffentlichkeit vor-enthaltene Vorgänge auf dem Gebiet des deutsch-französischen Konkurrenzkampfes die deutsche Saarindustrie stark in das Hintertreffen gelangen ließen. Es ist daher verständlich, wenn auch auf Seiten der deutschen Saarindustrie eine weitere Verschärfung der Lage nur durch baldige Rückgliederung des Saargebiets nach Deutschland verhindert werden kann.

Vom national-politischen Standpunkt aus kann man angesichts der ganzen Zuspitzung der Verhältnisse an der Saar nur wünschen, wenn auf beiden Seiten sich das ehrliche Bestreben geltend machte, das Äußerste in dem drohenden Wirtschaftskampfe zu verhindern. In den deutschen Unternehmerkreisen des

Saargebiets sollte man wohl bedenken, welche politische Auswirkung ein Lohnabbau nach sich ziehen muß, der die Arbeiterschaft in verständlichem Abwehrkampf zum Streik treiben würde. Wenn die von Herrn Pid aufgestellte Behauptung richtig ist, daß selbst ein erheblicher Lohnabbau solche minimale Verringerung der Produktionskosten im Gefolge hätte, daß damit der Industrie nicht geholfen würde, dann sollte man sich wohl überlegen, ob man an diese Maßnahme herangeht, die das Wirtschaftsleben an der Saar nicht nur in seinen Grundfesten erschüttern müßte, sondern auch bedenkliche politische Nachwirkungen auslösen könnte. Selbst wenn man der Meinung der Saarindustrie beitreten wollte, daß die Löhne an der Saar höher seien als im übrigen Deutschland, dann sollte man doch den einen Gesichtspunkt nicht aus dem Auge verlieren, daß die deutsche Arbeiterschaft während der mehr als mageren Zeiten drückendster Frankeninflation und vorausgegangener Marktinflation in einer Weise verarmt, wenn nicht verelendet ist, daß man ihr eine kleine vorübergehende Erholung aus rein menschlichen aber auch aus politischen Gründen nur gönnen könnte. Und dann noch eins: Ein Lohnabbau trifft zu 100 Prozent eine rein deutsche Arbeiterschaft, profitieren aber würden davon auch etwa 60 Prozent nichtdeutsche Unternehmer! Ob es die Aufgabe des deutschen Unternehmertums an der Saar sein kann, das französische Unternehmertum auf Kosten der deutschen Saararbeiterschaft zu unterstützen, das ist eine Frage, die man sich an der Saar zwei- und dreimal wohl überlegen sollte.

Bei Schluß der Redaktion waren die Verhandlungen, die den Gesamtkomplex Lohnabbau, Zollstundungen und Beamtenbetreuung umfassen, noch nicht abgeschlossen. Sowohl in der Frage des Lohnabbaus in der Eisenindustrie noch in der der saarländischen Kohlenindustrie waren noch Verständigungsverhandlungen in Aussicht genommen. Auch in Berlin fanden noch am 28. Februar informatorische Besprechungen zwischen den beteiligten Reichsbehörden und Vertretern der Saargewerkschaften statt. Zur Verhandlung standen die mit der Niederschlagung der Saarzölle zusammenhängenden Fragen, ferner Fragen der Sozialversicherung usw. Da die in Frage kommende Saarindustrie jedoch nicht durch bevollmächtigte Vertreter zur Stelle war, scheinen die Verhandlungen noch nicht zum vollen Abschluß gelangt zu sein. In den Verhandlungen kam jedoch der Wunsch zum Ausdruck, daß mit der Niederschlagung der Zölle auch die damit zusammenhängenden Fragen eine Vereinigung erfahren mögen.

Wie die „Saarbrücker Zeitung“ am 1. März mitteilte, sind seit dem 28. Februar in sämtlichen Industriebetrieben des Saargebiets die neuen um 12 Prozent herabgesetzten Löhne angeweschlagen, die vom 16. März ab gelten sollen. Das Blatt bemerkt hierzu offenbar auf Grund von Informationen aus Arbeitgeberkreisen,

„daß durch den Anschlag lediglich die gesetzliche Basis für einen Lohnabbau, über den eine Einigung mit den Arbeitnehmerorganisationen bisher nicht erzielt worden ist, geschaffen wird. Keineswegs aber werden dadurch die Möglichkeiten beseitigt, auf dem Verhandlungswege noch zu einem wesentlich anderen Ergebnis zu kommen. Wir nehmen an, daß die Bergarbeiterorganisationen sich wie in früheren Fällen an die höchsten Instanzen in Paris wenden und daß die Industriegewerkschaften den Schiedsrichter anrufen werden, wenn die Berliner Besprechungen nicht zu dem von ihnen gewünschten Resultat führen.“

Und auch heute wollen wir die Gelegenheit benutzen, um unserer Ueberzeugung Ausdruck zu geben: Wir halten sowohl den Prozentatz des Lohnabbaus für zu hoch als auch den Termin für zu nahe, da der Preisabbau sich noch nicht genügend ausgewirkt hat. Nach beiden Richtungen erwarten wir im Interesse der Arbeiterschaft und der ganzen Saarbevölkerung ein Entgegenkommen von Seiten der Bergwerksverwaltung wie des Arbeitgeberverbandes.“

Der Schlußbemerkung des Blattes können wir uns rückhaltlos anschließen. Wir können uns trotzdem aber der Auffassung nicht verschließen, daß, soweit die deutschen Unternehmerkreise in Frage kommen, die Lohnabbaufrage zum mindesten politisch taktisch nicht besonders klug aufgegriffen worden ist. Eine Zwangslage, in dem jetzigen Augenblick die Lohnabbaufrage zu forcieren, lag nach Auffassung unterrichteter Wirtschaftskreise nicht vor. Die Tatsache, daß der Arbeitgeberverband zu den Verhandlungen am Montag keine bevollmächtigten Vertreter entsandt hatte, mußten nicht nur in Arbeitnehmerkreisen sondern auch bei den in Frage

Kommenden Berliner Stellen den Eindruck erwecken, als wollte man einer Abänderung des Lohnabbaubeschlusses ausweichen. Auch den Anschein hätte man aus politischen Gründen vermeiden sollen.

Wie notwendig es gewesen wäre, durch kluges Taktieren jede Verschärfung der Lage zu vermeiden, ergibt sich aus der uns nach Redaktionsschluss aus Saarbrücken zugegangenen Nachricht:

„Am kommenden Sonntag werden die Sicherheitsmänner des Gewerkschaftsvereins Christlicher Bergarbeiter in Saarbrücken zusammentreten, um über den beabsichtigten 12proz. Lohnabbau zu beraten. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist außerordentlich gereizt, da die geplante Lohnsenkung stärker als der Rückgang der Teuerung ist. Am Sonnabend werden die beiden Bergarbeiterorganisationen den Präsidenten der Regierungskommission, Stephens, über den Ernst der Lage unterrichten und ihm erklären, daß, falls die Bergwerksdirektion kein Entgegenkommen zeige, mit einem Wirtschaftskampf im Saargebiet zu rechnen sei.“

Die bisherigen Verhandlungen mit der französischen Grubenverwaltung, die inzwischen den neuen Lohnsatz durch Anschlag bekannt gemacht hat, haben zu keiner Einigung geführt.“

*

Nur Wiedervereinigung mit Deutschland kann die saarländische Not beseitigen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes wendet sich in einer Entschliebung gegen den beabsichtigten Lohnabbau bei der französischen Saargrubenverwaltung und der Saarindustrie. „Die wirtschaftliche Not des durch Zollgrenzen eingeengten Saargebietes und seine Erschütterungen bei der geringsten Krise sollen endlich“, so heißt es in der Entschliebung, „der Welt den unhaltbaren wirtschaftlichen Zustand des heutigen Saargebietes offenbaren. Daher der Ruf des sozialdemokratischen Parteiausschusses und des Vorstandes auf baldige Vereinigung des Saargebietes mit der großen deutschen Wirtschaft.“

In einer weiteren Entschliebung protestiert die Sozialdemokratische Partei im Hinblick auf die trostlose Lage der Sozialrentenempfänger mit aller Schärfe gegen die Verschleppung der in Würzburg in Angriff genommenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichs- und Saarregierung über den Abbau der Sozialversicherung im Saargebiet durch die Regierungskommission. Es könne nicht angehen, daß die deutsche Regierung auch noch einen Ausbau der Sozialversicherung des Saargebietes sabotiere, der auf Kosten der Versicherungsträger des Reiches gehe, zumal die Regierungskommission selber keine Lasten übernehmen wolle und auf wirtschaftlichem Gebiete vollkommen versagt habe. Von der Regierungskommission wird erwartet, daß sie die in Würzburg aufgestellten und von der Reichsregierung schon im Dezember anerkannten Richtlinien anerkennet, damit das Abkommen mit der Reichsregierung abgeschlossen werden kann.

Wirtschaftslage im Reich und Rückgliederung der Saarländischen Wirtschaft.

Ueber dieses Thema hielt Generalsekretär L e m m e r, Berlin, auf der vierten Landeskongress der Bezirksgruppe Saargebiet des Gewerkschaftsrings einen Vortrag, indem er zunächst darauf hinwies, daß das, was im Reich vorgeht, auch für das Saargebiet von Bedeutung ist. Mit banger Sorge erfüllt es uns, zu wissen, daß die Bevölkerung des Saargebietes in den nächsten Monaten schweren Zeiten entgegengeht. Sie wird die gleiche Entwicklung durchmachen wie das Reich in den Jahren 1924, 25 und 26 nach der Stabilisierung. Im Saargebiet werde es genau so kommen wie in allen Ländern, die eine Inflation durchzumachen hatten; das Gebiet wird schwer getroffen werden, die Entwicklung dürfte sich aber in kürzerer Zeit wie im Reich abspielen. Das Saargebiet, das man von seinen natürlichen Absatzgebieten getrennt hat, werde mit größeren Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben. In ausführlicher Weise besprach sodann der Redner die Wirtschaftspolitik unserer Gegner in der Nachkriegszeit, die Europa in einen Zustand der Anarchie getrieben, Zerrissenheit überall. Die Politik der Nachkriegszeit sei ein Verbrechen an der Wirtschaft der Welt; statt Klarheit sehen wir immer größere Verwirrung. Die Reparationspolitik, die auf Deutschland einen ungeheuerlichen Druck ausübt, wird sich, da wir immer mehr Waren ausführen müssen, zum Schaden der Gläubigerstaaten auswirken. Besprochen wurde weiter die Stellung der Vereinigten Staaten gegenüber dem waffenstarken Europa, die wirtschaftliche und finanzielle Vormachtstellung Amerikas u. a. m. Die Rationalisierung in Deutschland habe Enttäuschung gebracht, die Löhne und Gehälter seien nicht gestiegen, die Preise nicht herabgesetzt; die Macht der Kartelle sei überragend. Dem müsse entgegen gearbeitet werden durch gesetzgeberische Maßnahmen.

Nach eingehender Aussprache wurde zur Wirtschaftslage eine Entschliebung angenommen, in der es in Beziehung auf das Saargebiet heißt: „Die Delegiertentagung ist sich darüber klar, daß eine Umstellung der Wirtschaft im Saargebiet auf rationelle Methoden nicht zu umgehen sein wird, jedoch darf dies nicht auf Kosten der Arbeitnehmerschaft erfolgen. An die Vertreter des Ringes im Reich wird das Ersuchen gerichtet, auf die maßgebenden Stellen dahingehend einzuwirken, daß Verhandlungen wegen weiterer Erleichterungen des Warenverkehrs zwischen Saargebiet und Reich mit aller Entschiedenheit beschleunigt werden, damit eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten und Belebung des Geschäfts erreicht werden kann.“

In der Frage der Sozialversicherung wird alsbaldige Revision der Sozialversicherung des Saargebietes (Unfall-, Angestellten- und Invalidenversicherung) hinsichtlich ihrer materiellen Leistungen und der rechtlichen Bestimmung gefordert. Ferner werden die Erwerbslosenunterstützungen als unzureichend bezeichnet und eine weitere Erhöhung gefordert. Nachdem der Lebenshaltungsindex des Saargebietes denjenigen des benachbarten deutschen Reichsgebietes und Frankreichs nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten hat, sind die Rentensätze für die Empfänger nicht hinreichend, um das nackte Leben zu fristen.

Wichtige Saarbesprechungen in Berlin.

In der letzten Februarwoche fand in Berlin eine Reihe nebeneinanderherlaufender wichtiger Besprechungen statt, die teils die politische Seite der Saarfrage, teils die wirtschaftliche Entwicklung in der Saarfrage zum Gegenstand hatten. Die Wirtschaftslage der breiten Massen der Saargebietsbevölkerung hat sich derart ungünstig entwickelt, daß von Seiten der Gewerkschaften beider Richtungen mit den zuständigen Stellen des Reiches Fühlung genommen wurde, um zu untersuchen, welche Wege möglich sind, um eventuell mit Hilfe des Reiches Erleichterungen für die nothleidenden Teile der Bevölkerung einzuleiten.

Von besonderer Bedeutung war die Konferenz, die am 18. Februar auf Veranlassung der Geschäftsstelle und des Bundes der Saarvereine im Preussischen Landtag stattfand. Zu dieser allgemeinen Aussprache hatten sich aus dem Saargebiet Vertreter der politischen Parteien (Zentrum, Sozialdemokraten und Deutsch-Saarländische Volkspartei), insbesondere des Landesrats, der Gewerkschaften beider Richtungen, der Wirtschaft, des Handwerks usw. eingefunden. Ferner waren zu informatorischen Zwecken erschienen Vertreter des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, des preussischen Handels-

ministeriums, des preussischen Ministeriums des Innern, weiter Abgeordnete des Reichstages und des Preussischen Landtags, an der Spitze der preussische Landtagspräsident Bartels. Vertreter aus dem Saargebiet gaben ein umfassendes Bild über die politische und wirtschaftliche Lage des Saargebietes, wobei sie die politische Seite der immer bedrückender werdenden Wirtschaftskrise an der Saar stark betonten. In diesem Zusammenhang wurde die Betreuungssaktion der Reichsregierung für die zur Saarregierung beurlaubten Reichs- und Staatsbeamten, ferner die Frage der Zollstundungen für die saarländische Ausfuhr nach Deutschland usw. behandelt. Uebereinstimmend wurde betont, daß die sich fortentwickelnde Wirtschaftskrise mit all ihren wirtschaftlichen und sozialen Nöten der arbeitenden Bevölkerung und des kleinen Mittelstandes nur aufgehalten werden kann, wenn die Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland so schnell wie möglich durchgeführt wird. Die Wünsche der Saarvertreter gehen daher dahin, die Reichsregierung möge in ihren Verhandlungen mit Frankreich auf eine beschleunigte Liquidierung der Saarfrage dringen, da alle Voraussetzungen für die Einrichtung eines besonderen Saarregimes reiflos in Wegfall gekommen

Jein. Die einmütige Auffassung der Konferenz ging weiter dahin, daß die Schaffung eines aus Vertretern aller in Betracht kommenden politischen und wirtschaftlichen Faktoren des Saargebiets zu bildenden Ausschusses im Saargebiet die Forderung auf baldige Liquidierung der Saarfrage fördern könnte. Den Vertretern des Saargebiets wurde es überlassen, diese Frage im Kreise ihrer Parteien, Organisationen und Gruppen zu prüfen und gegebenenfalls alle Schritte zur Bildung dieses Ausschusses zu tun, der dann bei allen Verhandlungen politischer und wirtschaftlicher Art in Berlin usw. in Tätigkeit zu treten hätte. Von Seiten der Geschäftsstelle und des „Bundes der Saarvereine“ wurde der Wunsch geäußert, den Gedanken der Bildung eines Ausschusses im Saargebiet möglichst zu fördern, damit eine einheitliche Linie für die Vertretung und Förderung saarpolitischer Fragen aufgestellt und festgehalten werden kann.

Ueber diese Besprechung kommen wir noch eingehender zurück.

Am 19. Februar wurde der Vorstand des Bundes und der Leiter der Geschäftsstelle Saar-Verein, und zwar die Herren Bergasseffor und Bergwerksdirektor Dröge, Oberlandesgerichtsrat Andres, Raumburg, und Verwaltungsdirektor Theodor Vogel, Berlin, vom Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Minister für die besetzten Gebiete empfangen. Bergasseffor Dröge gab zunächst einen kurzen Ueberblick über Entwicklung und Grundlagen des „Bundes der Saarvereine“. Oberlandesgerichtsrat Andres hielt dann einen zusammenfassenden Vortrag über die derzeitige politische und wirtschaftliche Lage im Saargebiet. Er hob dabei die einmütige Auffassung sämtlicher Vertreter aus dem Saargebiet hervor, daß nur die baldige und restlose Rückkehr des Saargebiets nach Deutschland aus den politischen und wirtschaftlichen Nöten der Saargebietsbevölkerung helfen könne. Weiter berichtete er von der vorgeschlagenen Schaffung eines überparteilichen Ausschusses im

Saargebiet, der die Zentralstelle bei Verhandlungen über Saarfragen in Berlin usw. sein soll. Reichskanzler Marx stellte in seiner ausführlichen Erwiderung die erfreuliche Tatsache fest, daß das Verhalten des treudeutschen Saarpvolkes dem ganzen deutschen Volke ein Vorbild sein könne. Aus diesem einheitlichen vorbildlichen Zusammenhalten ergebe sich für die Reichsregierung die beste Hilfe für alle Schritte, die sie für das Saargebiet unternehme. Die Anregung zur Bildung eines Saarausschusses für etwaige Verhandlungen mit den Reichs- und Staatsbehörden wurde vom Reichskanzler lebhaft begrüßt. Eine solche Zentralstelle sei dringend erforderlich, um in allen Saarfragen ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen. Zum Schluß dankte der Reichskanzler allen im Bunde „Saarverein“ tätigen Landsleuten, indem er auf die große Bedeutung der politischen Aufklärungsarbeit des Bundes hinwies und seine Unterstützung für die Arbeiten des Bundes zusagte.

Auch Staatssekretär von Schubert empfing in diesen Tagen eine Gewerkschaftsabordnung aus dem Saargebiet, die ihm die Sorgen und Nöte der arbeitenden Bevölkerung an der Saar berichtete.

Zwischen Vertretern der beteiligten Reichsbehörden und den Vertretern der Saargewerkschaften fanden ferner am 28. Februar im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt, zu welchem auch die Arbeitgeberverbände des Saargebietes einen Vertreter entsandt hatten. Zur Behandlung standen die mit der Niederschlagung der Saarzölle zusammenhängenden Fragen, ferner Fragen der Sozialversicherung usw. Da die in Frage kommende Saarindustrie nicht durch bevollmächtigte Vertreter zur Stelle war, scheinen die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen zu sein. In den Verhandlungen kam jedoch der Wunsch zum Ausdruck, daß bei der Niederschlagung der Zölle auch die zusammenhängenden Fragen eine Vereinigung erfahren müßten.

Saarländisch-Danziger Schicksalsgemeinschaft.

Der Danziger Heimatdienst veranstaltete am 16. Februar in der Aula der Technischen Hochschule zu Danzig einen Vortragsabend, der ganz dem Saargebiet gewidmet war. Man hatte sich hierfür zwei Führer des Deutschtums an der Saar verschrieben, den Großindustriellen Kommerzienrat Hermann Röschling und den Saarlouiser Rechtsanwalt und Zentrumsführer an der Saar, Levaacher. Zunächst nahm Rechtsanwalt Levaacher das Wort, um eine Schilderung der politischen Verhältnisse an der Saar zu geben.

Gleich an Größe sind das Saargebiet und der Freistaat Danzig, und gleich sind auch die Schicksale dieser beiden Landesteile, gegen den Willen ihrer Bevölkerung vom deutschen Mutterlande losgerissen. Vor dem Forum oder besonders in den ersten Jahren wohl besser vor den Türen des Völkerbundes, hat sich eine Waffenbrüderschaft zwischen den Abordnungen des Saarlandes und des Freistaates Danzig herausgebildet. Denn eine lange und schwere Leidenszeit liegt hinter den Bewohnern der Saar, ehe sie zur Wahrung ihrer deutschen Belange zum erstenmal nach Genf gingen, wo ihnen die Danziger Herren, die den Völkerbundsbetrieb schon seit längerer Zeit kannten, des öfteren mit Rat und Tat hilfreich zur Seite stehen konnten. So hielt es Redner für seine vornehmste Pflicht, seinen Dank für diese treue Kameradschaft, der besonders dem Senatspräsidenten Sahm gebühre, zum Ausdruck zu bringen.

In übersichtlichen, feingegliederten Gedankengängen ging der Redner dann nach einem Bericht der „Danziger Neuesten Nachrichten“ auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Saargau ein. Losgerissen von Deutschland, dem französischen Zollgebiet eingegliedert, erhielt das Land eine fünfköpfige Regierung (Franzosen, Belgier, Dänen, Kanadier), die in der souveränen Art ihres Regierens um nichts hinter Ludwig XIV. zurückstanden. Durch den Versailler Vertrag waren dem Saarlande drei Wege in die Zukunft gezeigt: 1. Beibehaltung des jetzigen Regimes, 2. Eingliederung in Frankreich und 3. Rückkehr nach Deutschland. Darüber sollte in fünfzehn Jahren eine Abstimmung entscheiden. Der Redner ist nun der Ansicht, daß 98 Prozent der Bevölkerung an ihrem Deutschland festhalten werden. Krampfhaft sind die Bemühungen, die von französischer Seite unternommen werden, um das Saargebiet für sich zu gewinnen. Die Leidensgeschichte des Saargebiets dehnt sich seit der Abtrennung vom Deutschen Reich hin, eine gleichmäßige, schwerlastende Kette. Durch Errichtung französischer Schulen für die Kinder der Bergleute, durch unerhörten wirtschaftlichen Druck, durch Maßnahmen, die oft direkt mittelalterlich anmuten, will

Frankreich die Saarbewohner mürbe bekommen. An der einmütigen Kraft der Bewohner des Saargebietes, die mit allen Fasern ihres Herzens am Deutschtum hängen, werden all die Machenschaften zunichte werden. In ihrer Not haben sich die Saarländer dann an den Völkerbund in Genf gewendet. Dort ist eine intensive Arbeit aufgenommen, und es hat sich gezeigt, daß dieser Weg der richtige gewesen ist. Die zähe und unermüdlige Arbeit im Völkerbund und das entschlossene Festhalten der Saarbewölkerung an ihrer deutschen Standeseigenart ist denn auch nicht ohne Erfolg geblieben. Im Lande sei es jetzt besser geworden. Die zahlreichen Schikanen hätten aufgehört. Heute sei man bereits so weit, daß man die Hoffnung hegen könne, daß das Saargebiet von den Fesseln, in die es auf Grund des Versailler Vertrages geschlagen sei, schon vor dem Jahre 1935 befreit werden würde und dann wieder zum Deutschen Reich gehören werde. Besonders unterstrich der Redner, daß das Saargebiet mit seinen 750 000 Einwohnern zu Deutschland ohne Abstimmung zurückkehren werde, und daß damit die erste Bresche in den Versailler Vertrag gelegt werden würde. Hoffentlich würde es dann auch Danzig gelingen, mit der zweiten Bresche zu folgen.

Kommerzienrat Röschling schilderte in erster Linie die wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Heimat. Er ging aus von der planvollen französischen Hege gegen die Führer des Saargebietes und erwähnte, daß man auch ihn wegen zahlreicher angeblicheter Vergehen zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt habe. Mit den Saargruben sei, seitdem sie mit dem Friedensvertrag in die Hände des französischen Staates übergegangen seien, eine Exploitationspolitik ohnegleichen getrieben worden. Die Hütten wurden durch Verweigerung der Kohlenlieferungen schwer geschädigt, während gleichzeitig die Unternehmer gezwungen wurden, die beschäftigungslosen Arbeiter weiter zu entlohnen. In den industriellen Betrieben sicherten sich die Franzosen auf allen möglichen Schleichwegen die Aktienmehrheit, so daß tatsächlich 90 Prozent der Saarindustrie in französische Hände gelangt sei. Allem Druck zum Trotz sei es aber immer wieder gelungen, durch geschicktes Laviieren, durch festes Bestehen auf dem guten Recht die Saarindustrie lebensfähig zu erhalten. Die französische Hoffnung, mit Hilfe des Kapitals Arbeiter und Angestellte auf die französische Seite zu ziehen, hat sich als irrig erwiesen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Saargebietes sind zurzeit leider wenig günstig. Nach dem Versailler Vertrag waren die saarländischen Werke gezwungen, ihre Produkte auf den französischen Markt zu bringen, der an sich völlig überfüllt wurde. Zum Glück wurde ein Ausgleich geschaffen durch die Stundung der Zölle bei der Ausfuhr der Saarpodukte nach dem Deutschen Reich. Nicht zum letzten sei Frankreich durch die Sorge,

Deutschland könne einmal die gestundeten Zölle vom französischen Staat zurückverlangen, zum Abschluß eines Handelsvertragsprovisatoriums mit Deutschland bestimmt worden. Nach einem ausführlichen Bericht der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ erklärte Röckling ausdrücklich, daß bei dem Widerstand gegen die französische Erpresserpolitik in der ersten Zeit die Gewerkschaften den größten Teil der Arbeit geleistet hätten. Die große Macht der Gewerkschaften, die in der Zukunft noch immer weiter wachsen werde, hat sich im Saargebiet als ein großer Segen herausgestellt. Das müsse man auch als Großindustrieller feststellen.

Kommerzienrat Röckling schloß seine wirkungsvollen eindringlichen Ausführungen mit den Worten, daß, wenn auf Vorposten auch noch niemand reich geworden sei, die Hauptsache bleibe,

daß es den Franzosen nicht gelungen ist, „zwei Hasen auf einmal zu jagen“. Sowohl die Bevölkerung, als auch die Kohlen sind dem Deutschtum erhalten geblieben und werden hoffentlich in nicht zu langer Zeit mit dem Deutschen Reich wieder vereint sein. Auch Danzig wünschte der Redner alles das, was es braucht. Danzig, dessen Hafen viele Entwicklungsmöglichkeiten in sich birge, möge getrost auf Deutschland blicken, das die alte Hansestadt nie vergessen wird.

Reicher Beifall der zahlreich Erschienenen, unter denen man neben Vertretern des Handels und der Wirtschaft, der Kunst und der Wissenschaft auch die Spitzen der Behörden nebst Präsidenten bemerkte, dankte den Rednern für ihre mannhaften kerndeutschen Worte.

Deutscher Rhein / Deutscher Wein.

In der Westhalle des Funkindustrie-Hauses Berlin rauscht weinbeige Festes- und Faschingsfreude unter dem Motto „Deutscher Rhein — Deutscher Wein.“ Wohl: die Ausstellung und ihren Zweck, zu werben für die Parole des deutschen Reichsausschusses für Weinpropaganda „Trinkt deutschen Wein!“, zu werben vor allem auch für den Besuch des einzig schönen rheinischen Landes und der notleidenden rheinischen Bäder, begrüßen und unterstützen wir freudigst und rüchaltlos mit vollem Herzen. Schmerz aber nur konnte es uns sein, wie das deutsche Stüdchen Erde, das zu betreten unsere heiligste Aufgabe und tiefste Sorgung ist, nun durch schon neun Jahre hin, bei dieser Veranstaltung bewertet wurde: unsere Heimat dort an der Saar. Berange man es uns nicht, wenn wir es hier aussprechen: unwürdig erscheint uns die Behandlung jenes Treulandes der Saar, das mit zu den reizvollsten Landschaftsgebieten der Rheinlande zählt, das, wie kein zweites links des Rheines, doppelt trug, trug am eigenen Weh und dazu noch sein gutes Teil an dem großen deutschen Leid unserer Notjahre; jenes deutschen Weinlandes auch, das Edelgewächse erzeugt, die zu den vornehmsten und geschätztesten nicht nur der Rheinlande und Deutschland, nein — der Welt, gehören.

Wie dies schon einmal 1913 erzwungen wurde, so sehen auch wir uns heute genötigt, bewußt stark und hervorhebend einzutreten für die Schönheit der Landschaft und besonders für den Edelwein unserer Saar. Neu gilt heute, was das junge Saarheimatorgan „Südwestdeutschland“ in Heft 5 seines ersten Jahrgangs vom November 1913 schrieb, als eine damalige große deutsche Heimatzeitschrift eine Sondernummer „Deutscher Wein und deutscher Sang“ herausbrachte, in der — gleich wie jetzt hier in Berlin — die Saar — vergessen und ignoriert war. Die „Südwestdeutschland“ sagte damals: „In der Nummer jener Verkehrszeitschrift sind in vornehmer Aufmachung alle Weinbaugebiete im Deutschen Reich behandelt. Nur das Weinbaugebiet der Saar ist nicht vertreten. Wir dürfen wohl kaum annehmen, daß die Redaktion dieser Zeitschrift das Saargebiet als nicht zum Deutschen Reich gehörig betrachtet. Viel eher wohl besteht die Wahrscheinlichkeit, daß ihr nicht bekannt ist, wie auch an der Saar Wein gebaut wird und zwar Wein, der mit zu den edelsten Erzeugnissen des Weinbaues im ganzen deutschen Reich gehört, von dem einzelne den besten Marken an Rhein und Mosel in nichts nachstehen. Wir werden in den nächsten Nummern unserer Zeitschrift „Südwestdeutschland“ über den Weinbau an der Saar Abhandlungen bringen, durch welche dargelegt werden soll, daß der Saarweinbau durchaus nicht so unbedeutend und geringwertig ist, als daß er bei einer Veröffentlichung über den deutschen Weinbau nicht erwähnt werden sollte.“

Wir greifen jene Ausführungen der „Südwestdeutschland“ vom Jahre 1913 auf und machen sie hinsichtlich der Ausstellung „Deutscher Rhein — Deutscher Wein“ zu den eigenen Anträgen. Doch — nicht in Verärgerung und Groll um jener Mißachtung unserer Saarberge und Heimat wollen wir müßig beiseite stehen. Das wäre ein unfruchtbares Tun. Unserer schönen Heimat an Rhein und Saar insgesamt und ihren sonnigen Rebengärten soll es gelten, wenn wir in den nächsten Nummern des „Saarfreund“ eine Reihe von Abhandlungen bringen aus den Weinbaugebieten der Rheinlande mit besonderer Betonung unseres heimatischen Saarweinbaues. Es sind schlicht gebotene, doch wissenschaftlich vollwertige und sehr beachtenswerte Arbeiten aus berufener Feder und aus warmem, heimattrauem Herzen, die geschichtliche, kulturelle und wirtschaftliche bedeutsame Momente des heimatischen Weinbaues behandeln. Ihnen zur Seite treten Stimmungstiefe erzählende Skizzen, in denen die feine Poesie der einzelnen rheinischen Weinlande in Rheingau und Pfalz, an Nahe, Saar, Mosel und Ahr schwingt. Eine instruktive Arbeit über Mineralquellen und Heilbäder der Rheinlande zeigt den Reichtum der Badeorte dort am rinnendem Segen, der jedoch zu erkranken droht in der Not der durch die Besatzung geschaffenen Verhältnisse. Wir hoffen, damit unserer Heimat dort an Saar und Rhein und unsern heimattrauen Lesern kraftvoll und in bester Weise zu dienen und

so für unser Teil auszufüllen, was wir — und mit uns noch viele — in der Veranstaltung des Messeamtes so schmerzlich vermissen mußten.

*

Römischer Weinbau im Rheinland.

Bis zur Neuzeit hin galt es allgemein als geschichtliche Wahrheit, daß die Römer mit andern Kulturpflanzen ihrer südlich-sonnigen Heimat auch die Weinrebe den deutschen Gauen am Rhein zugeführt hätten. Diese Behauptung ist jedoch unhaltbar. Wohl bleibt bestehen, daß der Weinbau dem Vordringen der Römer im Gebiet allenthalben als vornehmster Zweig der Landeskultur folgte und besondere Pflege fand, so im Gebiete des Oberrheins im heutigen Elsaß, in der Pfalz und vornehmlich im Tale der Mosel, dort, wo die zweite Hauptstadt des römischen Reiches, die Augusta Treverorum, aufblühte. Doch ist es durch Funde von Versteinerungen erwiesene Tatsache, daß die Flora Deutschlands bereits zu der noch menschenleeren Tertiärzeit schon Weinreben hatte. So fanden sich im Tertiär des Mainzer Beckens Blattreste und Fruchtkerne einer Rebeart, die als *Vitis tarentica* bezeichnet wird. Auch im Gebiet des Oberrheines, das während der Glacialzeit eisfrei blieb, scheint schon seit dem Miozän die *Vitis vinifera silvestris*, die wilde Weinrebe, heimisch zu sein, so daß dieselbe hier als vorzeitlicher Ueberrest anzusprechen wäre.

Das Gebiet ältesten Weinbaues auf deutschem Boden dürfte an der Mosel zu suchen sein. Hier läßt sich aus uns erhaltenen Dokumenten verschiedener Art ein blühender Weinbau überzeugend nachweisen, dessen Anfänge jedoch schon weit früher, in der keltischen Zeit des Gebietes, zu suchen sind.

Das Tal der Mosel hatte bereits vor dem Eindringen der Römer Rebkulturen und Weinbau. Der Rebstock war in vorrömischer Zeit schon griechischen Kolonisten aus der Gegend des damaligen Maritima, des heutigen Marseille, ins Tal der Mosel verpflanzt worden. Schon um 600 v. Chr. pflegten jene griechischen Kolonisten im Gebiet der Rhonemündung den Rebbaue. Das Moseltal war Durchgangsland des Verkehrs, den sie von Italien und Gallien nach dem Rheine hin vermittelten. Im Moseltal und dem unteren Saartal lag der sehr bildungsfähige Keltenstamm der Treverer. Von ihnen wird berichtet, daß sie den feurigen Wein des Südens, der italischen und gallischen Rebärten entstammte, weit höher einschätzten als Bier und Meel ihrer Heimat. Griechische und semitische Händler aus Maritima brachten ihnen denselben zu. Und diese auch waren es, die den Weinstock ins Moseltal verpflanzten und die Kultur der Rebe hier ausbreiteten. Die Römer bauten dann edlere Rebearten an den sonnigen Steilhängen der Moselberge an. Bei den Kelten der Mosel fanden die Römer auch bereits das aus Holzbauben gefertigte und mit Holzreifen gebundene Weinfäß vor, wie sie es vordem nicht kannten. Die ursprünglichen römischen Weinbewahrungs- und Transportgefäße waren lederne Bodenschläuche, tönernen Amphoren und die Dolien, jene vierkantigen oder bauchig gedruckenen Flaschen aus Ton oder Glas, die von einer kisten- oder torbähnlichen Verpackung aus Holz oder Geflecht umkleidet waren. Allgemein aber griff der römische Weinbau im Keltengebiet zur Bewahrung und Beförderung größerer Weinmengen bald zu dem weit geeigneteren keltischen Faß.

Die Dokumente keltisch-römischen Weinbaues im Gebiet der Mosel finden sich in diesbezüglichen Stellen römischen Schrifttums, römischen Steinskulpturen, den Trinkgeschirren römischer Keramik und Glaskunst des Gebietes, keltisch-römischen Weinbaugeräten sowie in dem lateinischen Wortschatz unseres Weinbaues.

Die älteste, schriftlich-poetische Beurkundung des Moselweinbaues gibt der römische Schriftsteller und Dichter Decimus Magnus Ausonius in seiner „Mosella“, diesem überschwenglichen Hymnus auf die Mosel. Als Professor der Beredtsamkeit wurde dieser aus Burdigala (Bordeaux) stammende Vivisierproß um das Jahr 365 v. Chr. im Alter von fast sechzig

Jahren als Erzieher des Prinzen Gratianus an den Kaiserhof nach Trier berufen. Von Bingen am Rhein gelangte er über den Hunsrück bei dem heutigen Neumagen ins Tal der Mosel. Hier erschaut er die leuchtend aufragende Feste Kaiser Konstantinus, einen Riesenbau von 134 Meter Länge und 113 Meter Breite, flankiert von sechzehn gewaltigen Rundtürmen und umkränzt von säulengetragenen Villen, marmorenen Tempeln, lachenden Gärten und rauschenden Bäumen. Das Bild der Feststätte, der Zauber von Landschaft und Strom im rosigen Abendlicht begeisterten ihn zu jenem ältesten Moselgesang, der, obwohl er nicht ein vollendeter Preissang ist, doch viel dichterischen Schwung und poetische Anmut in sich birgt, und den Ausonius um 370 n. Chr. verfasste und auch wohl veröffentlichte. Von besonderem Interesse für unsere Abhandlung ist die Schilderung der Weingärten, die Ausonius bei der Kaiserpfalz Nevimagus erschaut und die ihn an seine Heimat Bordeaux erinnerten:

Der süßen Heimat Bild mit ihrem holden Scheine
steigt vor mir auf im Geist, das feine.
Der Schloßer stolze Giebel, die auf den Felsen schweben,
die Berge überall bepflanzt mit Reben.

Und an einer andern Stelle:

Bepflanzt an Ufers Rand bis in die höchsten
Grenzen
sind hier der Berge Höhn mit köstlichen Kre-
ipenzen.

Es rührt der Winzer Volk hoch in des Berges Ende
und unten tief im Tal voll Lust die fleißigen Hände.

Die Dichtung ist voll des Preises der Weine der Mosel, die Ausonius ob ihres feinen Aromas den Weinen seiner Heimat Bordeaux gleichstellt.

Ein zweiter Sänger noch erstand dem römisch-keltischen Weinbau der Mosellande. Allerdings stammt diese Beurkundung selbst aus nachrömischer Zeit. Sie zeigt aber, wie der an den Treverern im Moseltal betriebene Weinbau mit dem verheerenden Einfall der Franken und der Eroberung des Gebietes durch diese zu Ende des 5. Jahrhunderts n. Chr., nicht gänzlich dahinsank, sondern von den in Resten zurückgebliebenen keltorömischen Landbesitzern weiterbetrieben und an die Germanen übermittelt wurde. Jener Schriftsteller ist der christliche Priester und lateinische Dichter Venantius Fortunatus. Er stammte aus Oberitalien, wirkte am Hofe König Sigibert, des Merowingerherrschers in Weisk, und wurde zuletzt Bischof von Poitiers. Um 580–590 n. Chr. unternahm er im Gefolge des Königs von Austrasien und der Königin-Mutter, der berühmten und noch heute im Volksmund fortlebenden Brunhilde aus dem Westgotenreich, zu Schiff eine Moselfahrt von Weisk über Trier nach Koblenz und rheinabwärts bis Andernach. In tiefem Empfinden und oft warm aufleuchtenden Farben schildert er diese Reise. Das Bild des Moseltales und seine Weingärten zeichnet er in den Versen:

Nieder zur Saar gleitet der fließende Strom.
Sichtbar wird ein mächtiger Wall: wir kommen nach Trier.
Immer noch Hauptstadt ist's, würdig des würdigen Volkes;
Danach trägt uns der Fluß vorüber am alten Palaste.
Rängst verschwundene Pracht deuten die Trümmer noch an.
Vor uns heben sich rechts und links hochragende Berge,
drohend steigt der Fels bis zu den Wolken hinan.
Seht, wie die steile Wand zu dem höchsten Gipfel hinanklimmt,
bis zu den Sternen zu gehen scheint sie uns schauerlich wild.
Aber nicht nutzlos ist das steinige Schiefergebirge;
bringt es doch üppige Frucht, trieft doch der Felsen von Wein.
Schau nur, die Hügel sind alle geschmückt mit grünendem Laube,
und mit der Rebe Gerant spielt die säuselnde Luft.
Sichtbar durch Marken begrenzt zieht aufwärts Weinberg an

[Weinberg,

sorgsam in Zeilen gepflanzt bis zur Stirne des Bergs.
Zwischen dem starrenden Fels des Winzers liebliche Pflanzung,
rötlicher Trauben Pracht zwischen dem grauen Gestein.
Und wo die süßen Früchte dem bröckelnden Felsen entsprechen,
schneidet die farbigen Beeren in fröhlicher Ernte der Winzer,
steht sie, während er hängt hoch an dem ragenden Fels . . .

Weit älter aber als diese poessvollen Beurkundungen römischen Weinbaues an der Mosel aber ist die wirtschaftlich nüchterne Landesverordnung des Kaisers Probus (272–282 n. Chr.). Im südlichen Gallien gebiet der Wein sehr trefflich; und der gallische Weinbau beeinträchtigte den italienischen Eigenbau so empfindlich, daß die römische Handelspolitik den gallischen Weinbau zu hemmen und einzudämmen suchte. Es geschah dies zunächst durch ein Ausfuhrverbot, dann durch ein Anbauverbot für Gallien. Und Kaiser Domitianus (81–96 n. Chr.) beabsichtigte für Gallien sogar die Vernichtung der Hälfte aller Reben, um dem vernachlässigten Getreidebau eine größere Anbaufläche zuzuwenden. Erst Kaiser Probus, ein besonders eifriger Förderer der Landeskultur, gestattete einzelnen gallischen Provinzen, darunter auch dem Mosellande, den uneingeschränkten Weinbau und war persönlich um die Anlage von Weinbergen bemüht. Auf

diese Tatsache gründet sich anscheinend die Annahme, daß Kaiser Probus es gewesen sei, der Rebstock und Weinbau den Ufern von Mosel und Rhein zugeführt habe.

Welche Fülle von Motiven Traube und Wein aber den bildenden römischen Künstlern in Trier im dritten, zweiten und selbst im ersten Jahrhundert n. Chr. schon, abgaben, bezeugen die römischen Skulpturen unseres Heimatbezirkes Trier, besonders die Neumagener Denkmäler. Unter letzteren überragend sind die prächtigen Bildwerke der berühmten Neumagener Weinschiffe im Provinzialmuseum zu Trier. Es sind stark hervortretende Relieffiguren von dem Grabe eines keltischen oder germanischen Weinhändlers, die in Neumagen aufgedeckt wurden. Sie entstammen der Zeit um 200 n. Chr. und zeigen zwei mit Weinfässern schwer beladene Weinfachschiffe, die von römischen Ruderern gerudert werden. — Andere Bruchstücke von Neumagener Grabdenkmälern im Museum Trier zeigen vierkantige Weinfannen in Korbhüllen oder solche Doppelfannen in Holzkumfleidung, jene Dolien, aus deren Halsöffnung der Stiel des Schöpfköpffels hervorragt. Trefflich ist das Bild eines aus Holzbaulen gefertigten und mit Holzreifen gebundenen keltischen Weinfasses, das auf einem Plattwagen ruht. — Das Bruchstück eines römischen Steinfasses von Trier zeigt einen traubenspendenden Knaben im fruchtbeladenen Nebengewirr eines Weingartens, ein Fragment eines Steindenkmals von Pachten an der Saar Eröten mit Reben. — Von der Igeler Säule, diesem klassischen Grabmal einer keltisch-römischen Tuchhändlerfamilie in Trier, in dessen Bildwerk sich, wie auch in den Neumagener Grabdenkmälern, griechisch-römische Kunst mit keltischer Eigenart mischen, stammt die Relieffigur, die den Weinfachschiff des vornehmen römischen Hauses wiedergibt mit seinen gläsernen Weinfachschiffen und der Art, wie am Tisch hantierende Diener den Wein mischen und in runde Kugelbecher füllen, sie den Gästen darzubieten.

Anzahl aber sind im Gebiet die Funde römischer Weingefäße aus Ton und Glas, die in ihrer Masse dartun, welche Bedeutung Wein und Wechsellage im Leben des römischen Trier und seiner Lande hatten. Neben den gewaltigen Dolien finden sich formvollendet schöne Spikemporen aus hellem, farbig opukem oder prächtig irisierendem Glas, vielfach mit Traubenblattwerk geschmückt, Traubengläser, gläserne Trichterhalsflaschen und zierliche Kugelglasbecher. Ihnen entsprachen als Weinmaße und Tringefäße der gewöhnlichen römischen Taverne die billigeren ähnlichen Gefäße aus Ton, wie sie die römische Töpferei des Satto in Trier u. a. n. in Massen fertigte. Neben terra sipillata-Ware sind es später die gewöhnlicheren Tongeschirre: Amphoren, Krüge, Trichterbecher und Krüge mit metallisch glänzendem Firnisüberzug, die vielfach mit in gelben und weißen Farben aufgemalten Ornamenten und weinfrohen Trinksprüchen geschmückt sind. Jeder Lebens- und Freudesfreude leuchtet aus den Aufschriften: misch — füll mich — schenk ein — trink — nimm mich — genieße dein Leben — sei gegrüßt — liebe — ich dürste — laßt uns leben — ihr sollt leben, meine Freunde.

Bewundert aber steht der Beschauer vor den keltisch-römischen Weinbaugeräten des Trierer Landes, wie: Harken, Scheren, Winzermessern, Weinsäckern aus Bronze usw. Sie zeigen ihm, wie der Rebstock des Gebietes vor rund 2000 Jahren keltischen Weinbauer und römischen Kolonisator die gleichen Kultivierungsgeräte schon handhaben ließ, wie sie auch der Winzer der Neuzeit noch benutzt.

Zu diesen Beurkundungen keltisch-römischen Weinbaues im Moselgebiet treten dann endlich noch die der Sprache entstammenden Dokumente. Allgemein weist der lateinische Wortschatz des gesamten nordalpinischen Weinbaus mit Bestimmtheit auf die Römer als die Träger dieses Kulturzweiges hin. Und so hat denn auch der Weinbau des ältesten deutschen Weinbaugesbietes aus dem Lateinischen zahlreiche Weinberg- und Weinmaßebezeichnungen übernommen, wie sie aus ersten Urkunden der nachrömischen Zeit uns entgegentreten oder selbst noch heute sich im Gebrauch befinden. Bemerkenswert ist das dem Keltischen entstammende olca oder ulca zur Bezeichnung eines bei einem Hause gelegenen umfriedeten Weinbergs. Dem Lateinischen entstammen: vinea = Weingert, chorus = Terrassenmauer, petitura = Pächter und petia = Wehen, kleinere Weinbergstücke, die auch als Mannwerke bezeichnet werden. An Maßen kommen vor: die carrate = die von vier Ochsen zu bewältigende Zuglast von vier bis sechs Ohm, die ama = Ohm, amphora = Eimer, quartale = Quart, sextarium = Sester, situla = Seidel, stopus = Stübchen oder scopa = Schoppen. — Hingewiesen sei auch auf die damals allgemein in die deutsche Sprache aus dem Lateinischen eingedrungenen Wörter wie: Wein, Most, Essig, Lese, Presse, Kelter, Trichter, Kessel, mischen, Becher, Kelch, Daube, Spund.

Nicht wie dem Moselgebiet um Trier stehen dem übrigen heutigen Weinbaugesbieten der Rheinlande: dem Rheingau und Rheintal, der Pfalz, dem Nahe-, Saar-, Ruwer- und Ahrthal in solcher Fülle die Dokumente römischen oder selbst vorrömischen Weinbaues zur Verfügung. Doch ist für einen Teil dieser Gebiete auch Weinbau der römischen Kaiserzeit am Rhein anzunehmen oder selbst erwiesen. Den Transport römischen Wein-

nes nach dem Regionslager von Bonn beweist der Fund eines römischen Doliums aus Ton auf dem Kessener Felde bei Bonn (im Provinzialmuseum zu Bonn). Nach seiner Inschrift wurde das 215½ römische Pfund schwere Weingefäß in der Mitte des 2. Jahrhunderts n. Chr. von einer Produzentenfirma C. Consius Caricus et filii aus Hispalis in Batica nach Bonn verfrachtet. Das Bonner Museum hat auch eine reiche Sammlung römischer Wein- und Trinkgefäße aus Ton und Glas, wie sie oben gezeichnet wurden. Sie entstammen dem Gebiet des Mittel- und Niederrheines sowie der Eifel.

Ueber römischen Weinbau des Rheingebietes von Worms bis Bingen verwahren das Städtische Altertumsmuseum sowie das Römisch-Germanische Zentralmuseum der Stadt Mainz eine stattliche Reihe wertvoller Dokumente römischer Weinkultur am Rhein. Die Ausbeute, welche das Weinland der Pfalz an gleichen hochbedeutsamen Römerfunden ergab, vereinigt das einzigartige und von einer so seltenen mittelalterlichen Weinpoesie umponnene Weilmuseum in Speyer am Rhein in seinen reich gefüllten Schatzräumen. Wir sehen dort: Dolien und Spikamphoren aus Ton, tönernen Weinfässchen, Zapfannen aus Glas, prächtig irisierende Glasflaschen, Weintrinkbecher aus Ton mit Trinktinschriften, Glasbecher, ein noch ziemlich erhaltenes hölzernes Weinfäß römischen Ursprungs, wie es in dem Brunnen des einstigen Römerkastells bei Rheinzabern in der Pfalz gefunden wurde, Weinfilter aus Bronze, Winzermesser usw. Das wertvollste Stück aber bildet jene noch römische Weinreste enthaltende stilvolle Glasamphora, wie sie einem 1867 bei Speyer aufgedeckten Römergrab entnommen wurde und wie u. B. die Rheinlande kein zweites Fundstück dieser Art aufzuweisen haben.

R. H. S A R A U S.

Alter rheinischer Wein.

Den ältesten Wein, der vermutlich auf rheinischer Erde wuchs und der sich uns als Kuriolus erhalten hat, verwahrt das Weilmuseum in Speyer am Rhein. Er entstammt einem römischen Grabfund aus der Umgebung von Speyer. Bei Wasserleitungsarbeiten wurde im Jahre 1867 in unmittelbarer Nähe der Stadt ein Römergrab aufgedeckt, in dem sich eine Steinkiste mit Knochenurnen fand. Neben den üblichen römischen Totenbeigaben enthielt die Steinkiste auch eine stilvolle zylindrische Glasamphore mit engem, hohem Halsausguss, dem seitlich zwei durchlochte Tragflügel anstehen. Dieses etwa zwei Liter fassende Glasgefäß war angefüllt mit einer stark eingedickten gelblichen bis bräunlichen Flüssigkeit. Ein mit einer Glasröhre der Bodentiefe vorsichtig entnommene Probe der Flüssigkeit wurde chemisch untersucht. Die Analyse der Flüssigkeit ergab das Vorhandensein von Stoffen, wie sie im Wein enthalten sind. Selbst Spuren von Alkohol ließen sich noch nachweisen. Es handelte sich offenbar also um Wein, der nach altem Brauch mit einer Delschicht übergoßen und so zu seiner Erhaltung von der atmosphärischen Luft abgeschlossen war. Der Grabfund ist nach seinen Einzelheiten dem Anfang des 4. Jahrhunderts n. Chr. zuzurechnen. Der Wein selbst dürfte ein rheinisches Gewächs aus der Umgebung von Speyer sein, da zu jener Zeit der römische Weinbau in diesem Gebiet in hoher Blüte stand.

Weit jünger sind die ebenfalls im Weilmuseum zu Speyer verwahrten tierischen Glasfläschchen mit Pfälzer Weißweinen, die in Grundsteinen alter zum Abbruch gekommener Bauten aufgefunden wurden. Der älteste dieser Weinfunde entstammt dem Grundstein einer um 1700 zu Freinsheim in der Pfalz erbauten lutherischen Kirche, der zweite dem Grundstein der St. Anna-Kapelle bei Bad Gleisweiler in der Pfalz, der 1765 gelegt worden war.

Bremer Blätter meldeten im Dezember 1926, daß im Bremer Ratskeller anlässlich einer Festlichkeit Weine getrunken wurden, die zweihundert Jahre alt waren. Daraufhin erklärte die Weinhandlung Ermanns in London einem Vertreter der „Daily Express“, daß sie in ihrem Keller ein halbes Duzend deutschen und rheinischen Weines verwahre, der noch viel älter sei. Es sei ein Würzburger „Steinwein“ vom Jahre 1540, ein Marienberg „Leisten“ vom Jahre 1631 sowie ein „Rüdesheimer“ und ein „Deidesheimer“ fast gleichen Alters. Diese sechs Flaschen bildeten den Restbestand von 100 000 Flaschen alten Weines, die der fränkische König Ludwig II. von Bayern (1864—1886) eines Tages verkaufen ließ und die geschlossen damals in den Besitz jener Londoner Weinfirma übergingen. Ein Teil des Weines sei noch ausgezeichnet gewesen; ein anderer erwies sich jedoch als zu alt.

Es ist bekannt, wie neben berühmten Ratskellern die Kellereibetriebe alterwürdiger Weinhäuser ihren Stolz darein setzen, aus allen Jahrgängen Proben zurückzulegen und so nach Viktor Scheffel lehr- und ruhmreiche „Weinbibliotheken“ zu schaffen, deren „Solanten“ nach Jahrzehnen einmal wieder, schwarzmoosig von Staub und Spinnweben, aus der Kellertiefe ans Licht gehoben werden. So sahen wir in vereinzelten rheinischen Weinkellern Wachstümer aus den Jahren 1783 und 1811; in Kellern

Triers Kreszenzen von 1830, 1857, 1862 und 1865. In Trier wurde einst Kaiser Wilhelm II. bei einem Besuch der Stadt vor der alten Moselbrücke im Goldpokal ein „1865 Domschärzhofberger“ kredenzt. Der Besitzer des größten deutschen und rheinischen Weingutes, Eugen Buhl zu Deidesheim in der Pfalz, gab in Vorkriegszeit einst ein Herrenessen, bei dem er jedem Tischgast eine Flasche Weines aus dem Jahre vorsetzte, in dem derselbe geboren war. Ein anderes berühmtes Weinhaus in Deidesheim, Bassermann-Jordan, zeigt dem Besucher seiner Kellereien eine geschlossene Probefammlung, die sämtliche Kreszenzen der letzten achtzig Jahre umfaßt.

★

Der Saarweinbau des Mittelalters.

Mit dem Moseltal darf auch das mit ihm in so inniger Verbindung stehende Saartal zu jenen Gebieten gezählt werden, in denen das Römertum seine ältesten und blühendsten Kulturstätten auf keltisch-germanischem Boden schuf. Doch erst im Jahre 370 n. Chr. findet die Saar ihre erste urkundliche Erwähnung und Anerkennung ihrer Bedeutung. Es geschieht dies durch den römischen Schriftsteller Decimus Magnus Ausonius in seiner „Mosella“, jenem ersten Mosellang. Dort finden wir die Saar rühmend erwähnt in den Verszeilen: Raum darf ich rühmen die Drohn, die kleine; Noch preis ich die leichte Pieser, Und kann auch das Lob nicht singen des winzigen Salmbachs, Weil nir die Saar längst winket im wogenrauschenden Kleide, Schiffbar ist sie und stark, und langhin dehnte den Weg sie, Daß an der Kaiserpfalz nun sie zur Mosel sich bette. —

Wenn nun auch die Saar nicht in gleicher Weise den Beweis römischen Weinbaues an ihren Ufern erbringen kann wie die Mosel, so darf doch angenommen werden, daß der verwöhnte Lebensgenuss der römischen Patrizier in den Willen auch des Saartales auf die Kultur der von ihnen so hoch geschätzten Rebe nicht verzichtet hat, zumal Bodenverhältnisse und Klima ähnlich günstige Vorbedingungen für die Anzucht der Reben boten, wie auch das nahe Moseltal. Einen Beweis für römischen Weinbau auch im Saartal dürfte man vielleicht in dem Bruchstück einer römischen Skulptur von Pachten an der Saar erblicken, die in ihrem Relief Ercoten mit Reben zeigt, ebenso in römischen Weinamphoren, wie sich solche z. B. bei Mettlach fanden.

Das geordnete Staatswesen der Fränkischen Zeit, das nach der sturmbewegten nachrömischen Zeit in unserm Saartal auch die Landeskultur wieder aufblühen ließ, bringt uns die ersten urkundlichen Bestätigungen des Weinbaues an der Saar. Die ältesten bislang bekannten urkundlichen Daten über Weinbau im Saargau stammen aus den Jahren 646 und 720. Sie betreffen den Rebau für die Orte Körrig und Porß im Kreise Saarburg. In Weistümern der Karolingischen Zeit wird den Lehnsleuten die beste Pflege der Rebgrärten anbefohlen, den Lässigen Strafe, den Fleißigen Belohnung angekündigt. Und die allsommerliche amtliche Rebschau war ein strenges Gericht. Fast die sämtlichen Ortschaften an der untern Saar, deren Weine heute einen so klangvollen Namen haben und selbst Weltruf besitzen, sind bereits der Geschichte des frühen Mittelalters als Weinbauorte bekannt. Immer wieder finden sich ihre Rebberge in Weistümern, Bannbüchern, Schenkungsurkunden, Rechtsstreiten u. a. erwähnt.

Grundherren der damaligen Weinberge waren besonders die Klöster Mettlach und Brünn, die Benediktinerabteien St. Maximin, St. Matthias, St. Marien und St. Martin zu Trier, das Erzbistum Trier, das Domkapitel und die Sekundärschule zu Trier. Gerade die Klöster des Gebietes, die Pflanzstätten des gesamten kulturellen Lebens jener Zeit waren mit den geistlichen Stiften auch die hervorragenden Pioniere des Weinbaus an den Ufern der Saar.

So baute die Abtei Mettlach nach alten Klosterurkunden um das Jahr 1000 n. Chr. bereits Weinberge oberhalb Serrig und bei Wiltingen, aus denen der Konvent eine beträchtliche Menge Wein erzielte. In der Gemarlung Niedermennig besaß Mettlach zwei Weinberge, den heutigen „Zuderberg“ und „Herrenberg“, die für das Jahr 1303 mit einem Ertrag von 18 Fuder Wein genannt werden. Aus einigen anderen Weinbergen in der Nähe bezog das Kloster teils den zehnten Teil, teils die Hälfte des Ertrages. Nach einem Jahrgeding von 1488 besaß es zu Wiltingen einen Winzert, aus dem es einen durchschnittlichen Jahresertrag von 12 Fuder erzielte.

Zu den ältesten Weinbaudörfern der Saar gehören nach urkundlichen Berichten auch Cönen, Emmel, Filzen und Taben. Um das Jahr 1000 besaß die Domkirche in Trier Weinberge in Cönen, die Benediktinerabtei St. Maximin in Trier Rebberge in den Gemarlungen von Emmel, Filzen und Taben, die noch bei der französischen Sequestration zu Anfang des 19. Jahrhunderts in ihrem Besitz waren. Eine Schenkungsurkunde des Probstes Adalberto zu Trier aus dem Jahre 1037 überweist Ländereien und Weinberge zu Emmel an die Abtei St.

das herabfallende Ladegehänge so schwer am Kopf getroffen, das der 45 Jahre alte ruhige und fleißige Arbeiter auf der Stelle den Tod erlitt.

Böblingen. Am Tage des 100. Geburtstages des verewigten Mitbegründers der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke G.m.b.H., des Geh. Kommerzienrats Karl Röchling, am 25. Februar fand auf dem Hüttengrund eine Gedächtnisfeier für die 461 Gefallenen der Röchling-Werke statt. Zu der Feier war auch neben anderen Ehrengästen der Präsident der Regierungskommission, Stephens, erschienen. Nachdem das Niederländische Dankgebet verklungen war, nahm Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling das Wort, um derer zu gedenken, die während des Weltkrieges ihre Treue zu Heimat und Vaterland mit dem Tode bezahlten. Bangigkeit, weniger um des eigenen Lebens als um der zurückgelassenen Familie willen, habe oft ihr Herz erfüllt, aber trotz allem seien sie immer wieder in Pflichttreue hinausgezogen, um den Kriegsbrand vom Boden der Heimat fernzuhalten. Heute sage eine wüste Agitation, sie seien zum Schutze des Kapitals gefallen, in Wahrheit aber habe sie die tiefe Erkenntnis getragen, daß nur durch festes Zusammenstehen des ganzen Volkes dem Lande ein grauenvolles Schicksal erspart werden könne. „Der Dank des Vaterlandes ist ihnen gewiß!“, so habe es tausendmal geheißt. Man schweige darüber, wie weit die Erfüllung dieses Versprechens durch Kriegsschluß, Revolution, Inflation und Parteiselbstsucht gehemmt worden sei. Eines aber sei Ehrenpflicht: wenigstens die Namen derjenigen festzuhalten, die für das Vaterland gefallen seien. Der Redner führte dann aus, daß man mit Absicht den 100. Geburtstag Karl Röchlings, des Mitbegründers und vielleicht tatkräftigsten Förderers der Böblingen Hütte, zum Weibtag des Denkmals gewählt habe, dessen Arbeit für Tausende von Segen gewesen sei. Eine große Prüfung über das, was brauchbar und lebenskräftig am deutschen Volke sei, sei über uns hinweggegangen. Unendlich viel mehr Wertvolles als Faules und Schwaches habe sich gezeigt, trotz der großen Blutopfer und der negativen Qualitätsauslese des Krieges. Langsam, aber allmählich gehe darum die Bahn Deutschlands wieder nach oben. Das auszusprechen, scheine vielleicht merkwürdig in einer Zeit, in der das Saargebiet vor schwierigen Fragen stehe und eine Lösung gesucht werden müsse, solle die Industrie der Masse des Volkes das tägliche Brot geben. Man werde aber schließlich auch hier zur Gesundheit kommen. Der Redner schloß mit einem Gruß an die Gefallenen, denen man es danken müsse, daß Böblingen nicht zu einem Trümmerhaufen zertrüffelt worden sei. „Mögen die vielen Tausende, deren Weg täglich an dieser Stätte vorüberführt, sich der Tapferen dankbar erinnern, zu deren Gedächtnis das schlichte Mal hier errichtet ist.“

Die zahlreichen Kränze, die an dem nun enthüllten Denkmal mit Ansprachen niedergelegt wurden, zeigten, daß die Mahnung des Redners nicht vergeblich sein wird. Böblingen wird seine Toten nicht vergessen.

Das Denkmal ist eine Schöpfung des Bildhauers Viktor Kunt-München. Auf einem großen Steinblock, der rechts und links von Namentafeln tragenden Wänden flankiert ist, ruht ein Lorbeerkranz und ein Stahlhelm aus Bronze. Auf der Vorderseite des Steinblocks ist eine mit dem Eisernen Kreuz gezierete Bronzetafel mit der Inschrift angebracht: „Ihren im Kampf 1914—1918 für das deutsche Vaterland Gefallenen. Die Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke Böblingen.“ Stahlhelm und Namentafeln wurden in der Gießerei der Hütte mit eigenem Material gegossen. Die Tafeln enthalten die Namen von drei Mitgliedern der Familie Röchling und 458 Beamten, Meistern und Arbeitern.

Alarenthal. Trotz der wirtschaftlichen Nöte hat die hiesige katholische Kirchengemeinde den im vergangenen Jahre in Angriff genommenen Neubau einer eigenen Kirche im Rohbau fertiggestellt. Nach Fertigstellung der Innenausstattung dürfte bis zum Sommer die feierliche Einweihung erfolgen und unser Ort ein Gotteshaus besitzen, das auf seinem Standort sich wunderbar schön aus dem Ortsbild abhebt.

Dudweiler. Um die große Zahl von Arbeitslosen in unserem Orte zu beschäftigen, hat die Gemeinde beschlossen, den auf dem sog. „Ritten“ liegenden Sportplatz zu vergrößern und einen solchen für die Sportvereinigung, wie für die Turner zu schaffen. Auch ist beabsichtigt, auf dem vorgesehenen höher und nach Nordosten gelegenen Teil eine Turnhalle zu erbauen. Bei den vorgenommenen Planierungsarbeiten, welche monatelang in Anspruch nehmen, stieß man auf 2 an Tage ausgehende Flözchen, welche eine Mächtigkeit von je 1 Meter haben. — Der Bevölkerungsstand der Bürgermeisterei Dudweiler betrug am 1. Januar 1926 24 512 Einwohner (13 368 männlich und 11 144 weiblich). Im Laufe des Jahres 1926 kamen in Zugang insgesamt 2496 Personen, und zwar durch Geburten 503, durch Zugang 1993 Personen; in Abgang kamen insgesamt 1830 Personen, und zwar durch Tod 192 und durch Verzug 1638 Personen. Der tatsächliche Bevölkerungszuwachs betrug demnach im Jahre 1926 666 Personen. Der Bevölkerungsstand der Bürgermeisterei Dudweiler

beträgt nach der amtlichen Fortschreibung am 31. Dezember 1926 somit 25 178 Einwohner (13 806 männlich und 11 372 weiblich).

Püttlingen. Im Herbst vorigen Jahres kehrte hier ein gewisser Wilhelm L. nach jahrelanger Abwesenheit aus der französischen Fremdenlegion nach hier zurück und fand auf der Grube Püttlingen Arbeit. Da er obdachlos und mittellos war, wurde in von seinem hier verheirateten Bruder aufgenommen. Gelegentlich eines Feueralarms verließen beide die Wohnung und kehrten bisher nicht zurück. Es wird angenommen, daß der ältere Bruder sich von dem ehemaligen Fremdenlegionär verabschieden ließ, Frau und Kinder zu verlassen und sich für die französische Fremdenlegion anwerben zu lassen.

Labach. Eine Hochzeit, wie sie heute wohl zu den Seltenheiten zählen dürfte, fand hier statt. Ein Wirtsohn heiratete eine Tochter des Gutsbesizers vom Labacher Hof. Zu der Hochzeit, die drei Tage dauerte, waren über zweihundert Personen als Gäste geladen. Ganze Berge von Fleisch, Kuchen und Getränken waren zur Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse der Gäste vorgesehen.

Fischbach. Zum Preise von 5800 RM. ging das Haus des pensionierten Bergmanns Andreas Feld in den Besitz des Bergmanns Gustav Kraus, hier, über.

Neunkirchen. Die Arbeiten an der neuen Straßenbahnstrecke Neunkirchen—Heinrich—Elversberg—Spiesen schreiten rasch vorwärts. So sind in dem Hauptgleis, einerseits im Schienenstrang durch die Stummstraße nach der Scheib und andererseits durch die Bahnhofstraße nach der elektrischen Zentrale die Anschlüsse mit Weichen für die neue Strecke eingebaut worden und somit die Verlegung des Geleises für die Neubahn bald beendet. Die Brückenerweiterung an der Kohlenwäsche des Neunkircher Eisenwerkes A.-G. vormals Gebr. Stumm geht auch ihrer Vollendung entgegen. Das noch im Wege stehende Pfortnerhaus am Hauptwerkseingang des Werkes wird auch bald abgerissen werden, so daß alle Hindernisse beseitigt sind.

Fraulautern. Die seit mehr als 30 Jahren in dem Besitz der Gastwirtin Frau Witwe Jung befindliche Gastwirtschaft ist dieser Tage an einen neuen Besitzer übergegangen.

Bliesransbach. Zur großen Armeeging der älteste Bürger unseres Ortes, Herr Johann Boesen, im Alter von 84 Jahren. Der Verstorbene war der letzte Veteran von 66 und 70, hatte seit langer Zeit die Postagentur und war als Mitbürger sehr geachtet. Der Verein ehemaliger Soldaten und eine große Anzahl der Bürgerschaft gab dem Verstorbenen auf seinem letzten Gange das Geleit.

Homburg. Die Mitglieder des Homburger Stadtratskollegiums wählten mit sämtlichen Stimmen den bisherigen Bürgermeister Ruppersberg, den Sohn des bekannten Saarbrücker Heimathistorikers Prof. Dr. Ruppersberg, wieder. Da er zum zweiten Male gewählt wurde, ist nunmehr seine Wahl auf Lebenszeit erfolgt.

Kirkel-Neuhäusel. Als die Brüder Otto und Balthasar Weich von nahe Abteberhof aus einem Vortrag sich auf dem Heimwege befanden, wurde Balthasar Weich von einem in rasender Fahrt herankommenden Auto erfasst und gegen einen Baum geschleudert, so daß der Bewußtlose auf dem Transport ins St. Ingberter Krankenhaus verstarb. Der Unglückliche war Landwirt, 51 Jahre alt, Gemeinderat und ein allgemein geachteter Mann. Der Führer des Autos, der, ohne sich um das von ihm angerichtete Unglück zu kümmern, davonfuhr, konnte ermittelt und verhaftet werden.

Emmersweiler. Auf der Straße geriet ein Bergmann mit seiner Tochter in Streit. Im Verlauf der Auseinandersetzung schlug die Tochter dem Vater mit einem Mühlblech auf den Kopf, der dabei so schwer verletzt wurde, daß er starb.

Fraulautern. Die schon öfter verschobene Wahl der Beigeordneten der Bürgermeisterei Fraulautern konnte nun endlich vollzogen werden. Es wurden gewählt: zum ersten Beigeordneten Dr. Daubach-Fraulautern, zum zweiten Bauunternehmer Bertrichamp, zum dritten Ortsvorsteher Rupp-Hülzweiler.

Personalnachrichten.

Ihren 88. Geburtstag konnte am 24. Februar in bester körperlicher und geistiger Beschaffenheit die Witwe Klein in Bliesen begehen. — Am gleichen Tage feierte der pensionierte Bergmann Perinius seinen 80. Geburtstag.

Die diamantene Hochzeit feierten die Eheleute pensionierter Maschinenführer Ludwig Jungfleisch und Frau, Magdalene geb. Kipp, in Fischbach.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Hil. Finkler und Maria geb. Heinz in Niederlosheim, Philipp Schäfer und Elisabeth geb. Pfluge in Holz, Hil. und Elisabeth Redtenwald in Urexweiler.

Das Fest der silbernen Hochzeit feierten die Eheleute Matth. Körner in Sulzbach, Michel Kremer und Maria geb. Becker in Saarbrücken-Burbach, Karl Volk und Maria geb. Ganster, Jenneweg 56.

Landgerichtsdirektor Dr. Franz Schäfer ist als Nachfolger des Landgerichtspräsidenten Magnus, der am 1. April aus seinem Amt scheidet, weil er die Altersgrenze erreicht hat, von der Regierungskommission zum Landesgerichtspräsidenten gewählt worden. Dr. Schäfer gehört dem Zentrum an.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Horion, konnte seinen 25jährigen Zugehörigkeit zur rheinischen Provinzialverwaltung feiern. Dr. Horion hat sich weit über die Grenzen des Rheinlandes hinaus in politischen wie in Verwaltungskreisen den Ruf eines Sachverständigen auf dem Gebiete der Provinzialverwaltung erworben. Er hat in den Jahren größter politischer und wirtschaftlicher Not im Rheinland ohne Wanken zur Bevollmächtigung des Rheinlandes gestanden und ist unermüdlich dafür eingetreten, ihre Nöte, Leiden und Sorgen zu mildern. Die Treue des rheinischen Volkes zum einigen deutschen Vaterland hat Dr. Horion nicht nur betont, er hat sie in allen seinen Besprechungen mit den zuständigen Stellen des Reiches nachgewiesen. Auch den Vorgängen im Saargebiet, wie sie sich auf Grund des Versailler Diktates entwickelt haben, hat Landeshauptmann Dr. Horion seine Aufmerksamkeit gewidmet. Das hat er besonders auf der letzten Bundestagung des Bundes der Saar-Bereine in Köln bewiesen, wo er in seiner großzügigen Rede bei der Kundgebung in der Messehalle für Rhein und Saar auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar eingehend einging. Es ist uns daher ein Bedürfnis, dem Landeshauptmann der Rheinprovinz Dr. Horion auch an dieser Stelle unseren herzlichsten Glückwunsch zu seinem Jubiläum auszusprechen.

Regierungspräsident Dr. von Haffern, unser treuer Mitarbeiter zum Besten des Saargebiets ist, wie wir erfahren, als Regierungspräsident von Hildesheim nach Stettin versetzt. Er befindet sich auf dem Hildesheimer Posten seit 1. Oktober 1922. Während dieser Zeit hat er sich wie vorher im Saargebiet das Vertrauen der Bevölkerung seines Wirkungskreises errungen, so daß man ihn aus Hildesheim nur ungern scheiden sieht. Herr von Haffern ist bekanntlich mit seiner Tätigkeit im Saargebiet das Opfer französischer Ausweisungswillkür geworden. In der Zeit, als man in Versailles innerhalb des sogenannten Vierer-Rats um das Schicksal des Saargebiets feilschte, war er vorübergehend als Verwaltungsdirektor für das Saargebiet auch von französischer Seite in Aussicht genommen worden, bis die französische Militärpartei bzw. der Diktator Foch in Herrn von Haffern einen Mann erblickte, der aus seiner deutschen Gesinnung kein Hehl machte und von französischer Seite Achtung vor seiner nationalen Überzeugung verlangte. Das konnten die Kreise um Mangin und Foch nicht vertragen, und deshalb holte man ihn nachts aus dem Bett, um ihn im Auto umgehend über den Rhein zu setzen. An seinem neuen Wirkungskreis findet Regierungspräsident Dr. von Haffern eine ruhige Ortsgruppe des Bundes der Saar-Bereine vor, wo er heimattreue, kampferprobte Saardeutsche antrifft. Wir hoffen und wünschen, daß Herr von Haffern sich in Stettin schnell einlebt und dort einen Wirkungskreis findet, wo ihm die Sachlichkeit und Unparteilichkeit seiner Arbeit ebenso das Vertrauen der Bevölkerung erringen läßt, wie an seinen bisherigen Wirkungsstätten. Jedenfalls glauben wir, Herrn Regierungspräsidenten Dr. von Haffern zu der Übertragung des Stettiner Regierungspräsidentenpostens durch die Preussische Staatsregierung herzlich beglückwünschen zu sollen, da wir darin eine Anerkennung seiner Tätigkeit und seiner Sachlichkeit erblicken zu können glauben.

Todesfälle im Saargebiet.

Saarbrücken: Frau Johanna Pih, geb. Brandel, 64 Jahre; Kaufmann Ernst Gräf, 42 Jahre; Frau Emma Koch, geb. Kunz, 52 Jahre; Ernst Schneider, 49 Jahre; Philipp Schmeer, 46 Jahre; Frau Lina Bibian, geb. Zimmer, 23 Jahre; Frau Wwe. Karl Pohle, geb. Schaeffler, 47 Jahre; Rechtsanwalt Dr. jur. Erich Wenderoth, 51 Jahre; Frau Katharina Gerhardt, geb. Molter, 63 Jahre; Frau Witwe Katharina Bollinger, geb. Orth, 70 Jahre; Heinrich Amburg jun., 42 Jahre; Johann Meyer, 63 Jahre; Nikolaus Konrad, 62 Jahre; Frau Witwe Jakob Gerten, geb. Magdalena Domes, 67 Jahre; Nikolaus Tittel, 27 Jahre; Frau Margarete Beckmann, geb. Weber, 41 Jahre; Frau Felicitas Mähler, geb. Frielitz; Frau Sophie Pabst, geb. Martin, 75 Jahre; Erik Hoffmann; Oskar Eugen Krüger, 56 Jahre; Johann Belzer, 63 Jahre; Frau Witwe Luise Klein, 79 Jahre; Wilhelm Reinhardt, 32 Jahre. — Brebach: Frau Ida Knoblauch, geb. Deutsch, 47 Jahre. — Neuschmidt: Emil Klöder, 30 Jahre. — Eschberg: Alexander Schmidt von Schwind, 92 Jahre. — Clarenthal: Heinrich Hed, 70 Jahre. — Gersweiler: Frau Witwe Bernhard Klein, geb. Scherer, 76 Jahre. — Fürstenhausen: Josef Herzog, 72 Jahre. — Neuborf: Frau Witwe Julius Scharf, geb. Kopp, 64 Jahre. — Jenne: Peter Bonnard, 38 Jahre. — Ober-Wölslingen: Albert Becker, 41 Jahre. — Niegelsberg: Johann

Lamour. — Sulzbach: Alois Grysko, 50 Jahre. — Dudweiler: Jakob Engel, 71 Jahre. — Heiligenwald: Frau Helene Rau, geb. Thormehle, 41 Jahre. — Schiffweiler: Johann Woll, 57 Jahre. — Elversberg: Frau Pauline Lendle, geb. Oberreuther, 89 Jahre. — Neunkirchen: Frau Emma Funt, geb. Scheidhauer, 35 Jahre; Johann Schwindling, 65 Jahre; Frau Witwe Jakob Klees, Barbara geb. Schnur, 74 Jahre. — Wiebelskirchen: Frau Maria Koch, geb. Kesting, 27½ Jahre; Frau Witwe Friedrich Koble, Elisabeth geb. Scheidhauer, 76 Jahre; Frau Gertrud Bingemer, geb. Hedrich, 51 Jahre; Rudolf Weber, 20 Jahre. — Ottweiler: Sophie Schmidt, geb. Barth, 57 Jahre; Frau Gertrude Bleimehl, geb. Meister, 24 Jahre; Friedrich Sticher, 43 Jahre; Wilhelm Diesel, 69 Jahre. — Dilsburg: Frau Theresia Passera, geb. Bandini. — Bliessen: Nikolaus Angel, 78 Jahre. — Neunforweiler: Nikolaus Jourdain, 80 Jahre. — Sinnerthal: Jakob Schramm, 75½ Jahren. — Wallerfangen: Alf. Wimmen. — Ensheim: Peter Degott, 75 Jahre.

Vom Saargbergbau.

Opfer französischen Raubbaues. Auf Grube Belssem stürzte der 21 Jahre alte Bergmann Jakob Erner aus Saarwellingen 136 Meter tief in den Schacht, so daß er auf der Stelle tot war. Auf Grube Briesfeld erlitt der 16 Jahre alte Pferdejunge Peter Wades schwere Verletzungen. Der im 57. Lebensjahre stehende Vorhauer Müller, Vorsitzender im Polizeihundeverein in Neunkirchen, wurde auf Grube Dechen durch herabfallenden Gestein lebensgefährlich verletzt. Neben schweren Rippenbrüchen erlitt er eine Rückgradstauchung. Er war 38 Jahre auf der Grube beschäftigt. Auf Grube Dudweiler erlitten der Schlepper August Mann aus Dudweiler und der Schlepper Joseph Kuhn aus Confeld zum Teil schwere Verletzungen.

Rücksichtsloses Vorgehen der Grubenverwaltung gegen Familien der Grubenhäuser. Die französische Grubenverwaltung hat die gerichtliche Auslegung einer Reihe von Familien aus Grubenhäusern beschlossen, so daß sich die Gemeinde Friedrichsthal-Bildstock gezwungen sieht, beschleunigte Wohngelegenheit zu beschaffen. Nach Beschluß der Baukommission sollen ein Leichthaus in Bildstock, ferner zwei Fachwerkhäuser in Friedrichsthal errichtet werden. Die Regierungskommission soll ersucht werden, bei der Grubenverwaltung ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß diese von einer zwangsweisen Ausweisung Abstand nimmt und den Bewohnern der in Frage kommenden Häuser ein Weiterbleiben bis zur Fertigstellung der von der Gemeinde errichteten Häuser ermöglicht wird. Ferner wurde die Kommission beauftragt, mit der Grubenverwaltung Verhandlungen betr. Ueberlassung des seitens der Gemeinde benötigten Baulandes anzubahnen.

Grubenschäden ohne Ende. Die an der Hauptstraße in der Nähe des Herrenjohrer Weges in Dudweiler liegenden Häuser zeigen umfangreiche Grubenschäden. Es befindet sich dort kaum ein Haus, das nicht fingerdicke Sprünge und Risse zeigt, die von außen aus sichtlich auffallen. Unterhalb der Hauptstraße ist an dem Bach, welcher auf dem sogenannten „Kalkofen“ entspringt, eine etwa drei Meter hohe Dammmauer infolge der entstandenen Grubensenkungen eingestürzt. Auch in Friedrichsthal nehmen die Grubenschäden überhand. So mußte das Schlachthaus und die Metzgerei des Metzgermeisters Julius Lorenz in der Hohenzollernstraße polizeilich gesperrt werden, weil das Betreten der Räume direkt mit Lebensgefahr verbunden ist. Die mit der Bergwerksdirektion geführten Verhandlungen wegen Renovierung der gefährdeten Gebäude sind noch nicht zum Abschluß gekommen, da sich die Bergwerksdirektion weigert, die Schäden in vollem Umfange zu decken.

Vom „Bund der Saarvereine“.

Saardeutscher Abend der Ortsgruppe Berlin.

Einen saardeutschen Abend veranstaltete am 15. Februar die Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saar-Bereine im Bankettsaal des „Rheingold“. Es hatten sich zu gütiger Mitwirkung zur Verfügung gestellt der Eisenbahnfängerbund Berlin unter seinem Chorleiter Paul Hoffmann, die Musikvereinigung des Eisenbahnvereins Berlin unter ihrem Dirigenten Krumholz und die weit über des Saargebiets Grenzen hinaus bestens bekannte Saarbrücker Lautensängerin Fräulein Olga Schwind. Der Abend erhielt dadurch eine besondere Bedeutung, daß von den in Berlin bestehenden Offizier- und Militärvereinen, deren Truppenteile seinerzeit an der Saar in Garnison standen, Mitglieder in staatlicher Zahl erschienen waren, darunter an der Spitze der jetzige Chef der Heeresleitung, General der Infanterie Heyde, der früherer Bataillonskommandeur in Saarbrücken war. Auch der Präsident des Saarlandesrates, Redakteur Scheuer, St. Ingbert, der aus Anlaß der Parteiauswahlung der

Zentrumspartei in Berlin weilte, war einer an ihn in letzter Stunde ergangenen Einladung gefolgt. Einer Anregung des Majors a. D. Wartenberger, des früheren Adjutanten des 70er Regiments, war es zu danken, daß die Veranstaltung zu einem Wiedersehens-Abend für Angehörige einstiger Saargarnisonen gestaltet werden konnte. Die Vorsitzenden der einzelnen Offiziers- und übrigen Vereinigungen des Saarlandes, des Dragoner-Regiments 7, des Infanterie-Regiments 70, des Feldartillerie-Regiments 8, des Infanterie-Regiments 30 und des Infanterie-Regiments 174 hatten ihre Mitglieder aufgefordert, an diesem Unterhaltungsabend teilzunehmen. In dem Einladungsschreiben hierzu war u. a. gesagt worden:

„Wir Offiziere der ehemaligen Saargarnisonen haben die Ehrenpflicht, unser Interesse für das schöne, ferndeutsche Saargebiet zu bezeugen, das in besseren Tagen unsere Heimat war, und die vaterländische Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine zu unterstützen. Wir empfinden ganz besonders, daß fremde Truppen in unseren alten lieben Garnisonen das Regiment führen, und wollen — ein jeder nach seinen Kräften — zur Befreiung des Saargebietes von der Fremdherrschaft beitragen.“

Der Abend wurde durch die Musikvereinigung des Eisenbahnvereins mit dem Koburger Marsch eingeleitet. Hierauf ergriß in Vertretung des 1. Vorsitzenden, Direktor Fetz, der stellvertretende Vorsitzende, Direktor Dieß, von der Berliner Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine das Wort, um zunächst die Ehrengäste, die in großer Zahl vertreten waren, zu begrüßen. Seine ersten Worte galten dem Präsidenten des Landesrats des Saargebietes, Herrn Redakteur Scheuer, St. Ingbert, welcher der ihm in letzter Stunde zugegangenen Einladung gern Folge gegeben hatte. Unter Hinweis auf das schwere und verantwortungsvolle Amt als Präsident des Landesrats und auf den schweren Kampf, der im Saargebiet um seine Deutscherhaltung geführt werde, dankte Herr Direktor Dieß Herrn Scheuer ganz besonders für seinen Besuch. Sodann wurden die übrigen Ehrengäste begrüßt, an der Spitze der Chef der Heeresleitung, der General der Infanterie Heyne mit seiner Gemahlin, ferner der Vorsitzende des Aufsichtsrates und Beratungsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Bergasseßor und Bergwerksdirektor a. D. Dröge, der Vertreter des Stadtkommandanten von Berlin, Major Schade, die Vertreter der einzelnen Offizier-Vereinigung und Militär-Vereine, die in ständiger Zahl vertretene Burschenschaft „Saravia“, welche mit dem „Saar-Verein“ Berlin seit Jahr und Tag treue Freundschaft hält und nicht zuletzt Fräulein Olga Schwind.

Verwaltungsdirektor Theodor Vogel, Berlin, wandte sich dann mit begrüßenden Worten vor allem den ehemaligen Angehörigen der alten Saarbrücker und Saarlouiser Regimenter zu, denen er ein herzliches „Glück auf“ zurief. Die Anregung des Majors Wartenberger, den Abend zu einer Wiedersehensfeier alter Kameraden von den Saar-Regimenten zu gestalten, verdiente besondere Anerkennung. Die Saarbrücker und Saarlouiser Garnisonen hätten stets mit der Bevölkerung des Saargebietes die besten Beziehungen unterhalten, die vor allem aus den Augusttagen des Jahres 1870 herrührten. Das Band, das in den 70er Augusttagen zwischen dem deutschen Heer und der Bevölkerung an der Saar geschmiedet worden sei, habe sich in den Augusttagen des Jahres 1914 und durch die ganzen schweren Kriegsjahre hindurch in Treue bewährt. Der Auszug der Saarbrücker Garnison in den Augusttagen 1914 habe den besten Beweis dafür erbracht, in welchem gutem Verhältnis Bevölkerung und Garnison gestanden haben. Was im Saargebiet bis in den Tagen des Zusammenbruchs, bis zum Durchmarsch der zurückziehenden feldgrauen Frontkämpfer im Saargebiet an Liebesgaben für unsere Feldgrauen aufgebracht worden sind, wird niemals vergessen werden können. Wie das Saargebiet niemals die Heldentaten der deutschen Armee während des Krieges vergessen kann, so wird man auch dort die gefallenen Helden besonders der Saarbrücker Garnisonen niemals aus dem Gedächtnis verlieren. Der Heldenfriedhof vor den Toren der Stadt Saarbrücken, das Ehrental, zeugt davon, wie das Saargebiet seine toten Helden ehrt. So ist es gewesen seit 1870, so wird es immer bleiben. Diesen Ausführungen antwortete im Laufe des Abends Oberstleutnant a. D. Sicking im Auftrage der Saarbrücker Regimenter. Er unterstrich die Worte Vogels und hob hervor, daß die Saarbrücker Regimenter stets stolz „auf unser Saarbrücken“ waren und bleiben werden. Die Bevölkerung Saarbrückens und des Saargebietes sei ein Vorbild für deutsche Treue. Er feierte dann in begeisterten Worten die Vaterlandsliebe der Bewohner des Saargebietes und befandte, wie wohl man sich in den Garnisonen dieses Landes als Soldat und Offizier gefühlt habe. Dieses gute Verhältnis zwischen Militär und Bürgerschaft wäre wohl in kaum einem Teil unseres Vaterlandes ein höheres gewesen. Unser Vaterland könne daher froh sein, an den Grenzen einen so opferwilligen und kerndeutschen Volksstamm zu sehen. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß das Saarland recht

bald von seiner Fremdherrschaft befreit wird, damit man das nächste Fest in der geliebten Heimat feiern könne.

Der konzertliche Teil des Abends wurde von dem Eisenbahnjägerbund, der Musikvereinigung des Eisenbahnvereins und Fräulein Olga Schwind, Saarbrücken, bestritten. Der Eisenbahnjägerbund, der im vergangenen Sommer eine Sängerfahrt unter Führung seines Vorsitzenden Paul Dmmert, nach dem Saargebiet unternommen hatte, erwies sich auch bei dem Unterhaltungsabend als ein ausgezeichnete Vertreter deutschen Männerchorgesanges. Er verfügte über ein ausgezeichnetes Stimmenmaterial und über einen feinsinnigen Chorleiter. Die von ihm zum Vortrag gebrachten Chöre zeugen von ebenso großem Fleiß wie von treuer Hingabe für das deutsche Volkslied. Seine Vorträge fanden mit Recht herzlichen Beifall. Auch die Musikvereinigung des Eisenbahnvereins verdient volle Anerkennung. Ihre Darbietungen zeugten von guter Auffassung und verständnisvollem Zusammenspiel. Sie bewies im übrigen bei der nachfolgenden Tanzmusik beneidenswerte Ausdauer.

Den Höhepunkt des Abends brachte Fräulein Olga Schwind aus Saarbrücken, die feinsinnige Sängerin zur Laute. Nicht nur, daß hier eine Landsmännin sich in die Herzen der Zuhörer zu singen wußte, es war die Künstlerin, die die andächtig Lauschenden gefangen nahm. Wer Fräulein Schwind nach Jahren jetzt wieder hörte, konnte mit Stolz feststellen, daß die belannte und beliebte Saarbrücker Lautensängerin nicht nur ihre sympathische Stimme veredelt hat, sondern daß sie die von ihr zum Vortrag gebrachten meist alten Volkslieder seelisch gleichsam verkörpert und damit in plastischer Lebendigkeit auf „Kügelchen des Gesanges“ dem Zuhörer nahe bringt. Wir hörten von ihr u. a. eine „alte rheinische Ballade“, wie sie von Goethe im Elsaß aufgefunden wurde, ein alt-flandrisches Landsknechtslied „Flandrischer Totentanz“ und als Zugabe die neckisch-heitere „Vogelhochzeit“. Ihre Vorträge hinterließen sämtlich den Eindruck, daß sich hier eine Künstlerin entwickelt hat, in aller Stille und damit zu ganz persönlicher Eigenart. Aus dem Gemüte alter Volksstümpfe schöpfend bringt sie uns die Kulturströmungen alter und neuer Zeit durch kleine innerlich-tiefe Volkslieder dem Herzen und der Seele nahe. Jedenfalls waren alle Zuhörer ebenso überrascht wie dankbar für das, was uns Fräulein Schwind auf dem Berliner Saarunterhaltungsabend vermittelte. Es konnte daher nicht wundernehmen, daß durch die Mitwirkung dieser künstlerischen Kräfte der Abend ein ebenso genussreicher wie gelungener wurde.

§ Der Saarverein Hamburg e. V., Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine, hielt am 1. Februar in Soltmanns Keller (Alsterarkaden) die diesjährige Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Max Seyffarth, gab zunächst einen Überblick über das Vereinsleben im vergangenen Jahre, das als sehr reges bezeichnet werden kann. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 40 Mitgliedern und Gästen besucht. Im Februar fand ein Kappenaabend statt, der die Mitglieder in sehr fröhlicher Stimmung bei Scherz und Tanz vereinigte und bis in sehr vorgerückte Stunde zusammenhielt. Im März hielt Herr Dr. Ruhn einen Vortrag mit Lichtbildern über das Saargebiet, der von der Versammlung mit großem Interesse und Dank aufgenommen wurde. Die Bilder waren uns in zuvorkommender Weise von der Geschäftsstelle Saarverein in Berlin zur Verfügung gestellt worden. Das schöne Sommerwetter nutzend, versammelten sich im Juni die Mitglieder in der Meierei des Hamburger Stadtparkes und verbrachten hier einige schöne gemeinsame Stunden, ehe man in die übliche Sommerpause eintrat. Anfang September fanden sich dann die Mitglieder in dem herrlich an der Elbe gelegenen Neumühlener Fährhaus bei einem Gartenfest, das von dem Besitzer des Fährhauses, unserem Mitgliede, Herrn Stephan, für etwa 70 Kinder aus dem Saarland, die zur Erholung in Hamburg und Umgebung weilten, veranstaltet worden war. Durch dieses Fest war es uns auch in diesem Jahre möglich, unseren Landsleuten an der Saar die Treue der Hamburger Saarländer zu beweisen. Der Dank hierfür gebührt in erster Linie Herrn Stephan, und der Vorsitzende ergreift daher diese Gelegenheit, um Herrn Stephan noch einmal den Dank des Saarvereins auszusprechen für den großen Dienst, den er unserer saardeutschen Sache durch diese Veranstaltung erwiesen hat. — Als Vertreter zur Bundesversammlung des Bundes der Saarvereine in Köln am Rh. war Herr Diplom-Volkswirt Eichenbeis entsandt und erstattete in der Versammlung am 9. September darüber Bericht. In der gleichen Versammlung teilte der Schriftführer mit, daß auf eine an den Senat der Stadt Hamburg gerichtete Bitte, eine Straße oder einen Platz nach der Saar zu benennen, zugunsten Antwort eingegangen sei. Ebenso berichtet Herr Sanitätsrat Wagner, daß in Lohstedt bei Hamburg eine Straße zur Erinnerung an die Not und Treue der Saarländer „Saarstraße“ genannt worden sei. — Bei der nächsten Monatsversammlung im Kaiserfeller bot uns Herr Dr. Ruhn durch seinen schönen Vortrag über den Schinderhannes, den Räuberhauptmann des Saargebietes ein höchst interessantes und lehrreiches Bild vom

dem Leben und den Rechtsverhältnissen in unserer Heimat in der damaligen Zeit. Aber nicht nur durch das anziehende Thema, sondern vor allem auch durch die lebhafteste und mitreißende Vortragweise und die psychologische Auffassung seines Helden wußte uns Herr Dr. Kuhn diesen Abend zu einer der schönsten Veranstaltungen des Vereins in diesem Jahre zu gestalten. Der Vorsitzende sprach Herrn Dr. Kuhn den besonderen Dank des Vereins aus. — Von dieser Zeit an stand das Vereinsleben unter dem Einfluß der Vorbereitungen für die große Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände von Hamburg und Umgebung und der Frauenortsgruppe Hamburg des Vereins für das Deutschtum im Auslande, die eine große Veranstaltung planten, welche die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung aller Grenzländer sowie den Einfluß der Abtrennung auf die Lebensgestaltung unserer Landsleute in ihnen dem großen Publikum im Bilde zeigen sollte. Natürlich ergriff auch der Saarverein mit Freuden diese Gelegenheit, für die Heimat zu wirken und den Hamburgern Mitbürgern die große wirtschaftliche Bedeutung des Saarlandes sowohl wie die Not der Landsleute an der Saar vor Augen zu führen. Nur ein kleines, dafür aber um so schöneres Fest fand während dieser Vorbereitung statt, nämlich ein Spießbratenessen im Neumühlener Fährhaus, das unter den vereinten Bemühungen unserer Mitglieder, Herrn Roth, der den Braten bereitete, und Herrn Stephan, der wiederum sein Lokal zur Verfügung gestellt hatte, in ganz ausgezeichneter Weise verlief. — Am 26., 27. und 28. November folgte dann die große, lange vorbereitete Ausstellung der Grenzlandverbände und des V.D.A. in sämtlichen Räumen bei Sagebiel. Nach einer feierlichen Eröffnung durch die Vertreter der hohen Behörden, die durch Musikvorträge eingerahmt war, wurde die Ausstellung der Öffentlichkeit übergeben. Den Besuchern bot sich ein höchst eindrucksvoller Anblick dar. In vielen, durch kleine Zwischenwände hergestellten Abteilungen hatte jedes der Grenzländer eine Ausstellung seiner Industrie- und Landwirtschaftserzeugnisse sowohl wie seines volkstümlichen und geistigen Lebens aufgebaut. Außerdem wies eine Fülle von statistischem Material, das in großen Bildern, Tabellen und graphischen Darstellungen an den Wänden angebracht war, auf die hohe Bedeutung dieser Länder für unser Vaterland hin und umgekehrt auf die große Ungerechtigkeit, die diesen ferndeutschen Volksteilen durch die Abtrennung zugefügt worden ist. In diesen Rahmen der Gesamtausstellung fügte sich passend und doch eindringlich und mahnend die des Saargebietes. Durch den wichtigen Bau eines 2,5 Meter hohen Berges aus Steinkohlenblöcken, der oben ein von unserem Mitgliede, Herrn Stephan, hergestelltes Gipsmodell des Winterbergs denkmals trug, rief sie jeden Besucher eindringlich die große Bedeutung dieses Industriegebietes für das deutsche Vaterland ins Gedächtnis. Rings herum waren Erzeugnisse anderer Industrien des Saargebietes aufgestellt, wie vor allem die Glas- und keramischen Erzeugnisse der Firma Billeroy & Boch, und an den Wänden gaben Tabellen Auskunft über die Zahl der Arbeiter in den einzelnen Industrien und verglichen. Außerdem gewährten eine große Zahl von Bildern einen Einblick in die Naturschönheiten des Saargebietes und seine Ortschaften sowohl wie in die Größe seiner industriellen Anlagen. Auf diese Weise war es dem Saarverein in Hamburg möglich, auch dieses Jahr wieder einen eindringlichen Appell an die Hamburger Öffentlichkeit zu richten und das Gedenken an unsere Landsleute an der Saar wachzuhalten. Viele unserer Mitglieder haben sich um das Zustandekommen dieser Veranstaltung verdient gemacht, vor allem Herr Bourgun, Herr Seyffarth und Herr Schlachter. Am 27. November fanden sich noch eine große Zahl von Mitgliedern an dem mit der Ausstellung verbundenen Festabend zusammen, der zum ersten Male die Mitglieder aller Grenzlandverbände zusammenführte und so zu einem lebendigen Zeugnis wurde der Treue der Reichsdeutschen gegenüber den Brüdern in den Grenzgebieten, was auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände in seiner Rede zum Ausdruck brachte. Der Saarverein in Hamburg hat sich jedenfalls, wenn man seine verhältnismäßig geringe Mitgliederzahl berücksichtigt, an dieser Ausstellung am lebhaftesten beteiligt. — Den Schluß des Jahres bildete eine Weihnachtsfeier, die bei unserem Mitgliede, Herrn Floch, stattfand und einen sehr schönen Verlauf nahm. — Nachdem der Vorsitzende diese Ausführungen beendet hatte, ergriff Herr San.-Rat Wagner das Wort und sprach dem Vorstande sowie allen denen, die sich im Laufe des Jahres um die gute Sache unseres Vereins verdient gemacht haben, aus den Reihen der Mitglieder den warmsten Dank aus. Er beantragte darauf, das der Vorstand wiedergewählt werden möge, was nach Erledigung der Formalitäten, wie Kassenbericht, Entlastung usw. auch geschah. Da Herr Seyffarth beruflich sehr überlastet ist, wird Herr Dr. Kuhn zu seiner Unterstützung zum 2. Vorsitzenden gewählt. Der Vorstand für 1927 setzt sich also zusammen aus den Herren: Max Seyffarth, 1. Vorsitzender Dr. H. Kuhn, 2. Vorsitzender Dr. E. Walzinger, Schriftführer und B. Schlachter, Kassenwart. — Da das

alte Vereinslokal durch Umänderungen für unsere Veranstaltungen ungeeignet geworden ist, wird beschlossen, von nun an Soltmanns Keller (Alsterarkaden) als Vereinslokal zu nehmen, und es wird festgesetzt, daß in Zukunft die Monatsversammlungen jeden ersten Dienstag im Monat hier stattfinden soll. Als Einleitung des neuen Vereinsjahres wird ein Fastnachtsspergügen am 26. Februar im Neumühlener Fährhaus verabredet. Endlich wird beschlossen, in Zukunft wieder regelmäßig einen Stammtischabend im Monat zu veranstalten. — Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit einem Ausblick auf das kommende Jahr und spricht die Hoffnung aus, daß es ebenso erfolgreich sein möge wie das vergangene.

St. Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine hielt am 22. Februar 1927, dem 2. Jahrestage seiner Gründung, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Schillerloge“ zu Stettin seine 2. Jahreshauptversammlung ab. Der Abend erhielt seine besondere Bedeutung dadurch, daß Verwaltungsdirektor Vogel von der Geschäftsstelle „Saarverein“ zu Berlin den Verhandlungen beiwohnte. Nach Begrüßung der Erschienenen, insbesondere des Berliner Gastes, erstattete der 1. Vorsitzende, Oberreg.-Rat Dr. Stegner, den von ihm verfaßten Bericht über die Vereinsarbeit im Jahre 1926 und Zivilingenieur Ehrhardt als Kassenwart den Kassenbericht. Anschließend nahm Herr Vogel Veranlassung, der Ortsgruppe für ihr erfolgreiches Wirken Dank und Anerkennung auszusprechen. Auf Vorschlag des Kapitäns zur See a. D. Feldmann, Sohn des verstorbenen Oberbürgermeisters Feldmann-Saarbrücken, wurde der Vorstand, der Entlastung erhielt, in seiner bisherigen Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt; als 1. Kassenrevisor wurde Bankdirektor Weichtag, als 2. Kassenrevisor Oberzahlmeister a. D. Schmidt bestellt. Anschließend kamen einige geschäftliche Angelegenheiten zur Erörterung; insbesondere machte der Vorsitzende Mitteilung von einem Schreiben des Stettiner Polizeipräsidenten, worin behufs Erwirkung der erforderlichen Saarkarten bei dem Statistischen Reichsamte zu Berlin um Nachprüfung des Verzeichnisses der Saaraufstimmungen berechnigten in Stettin ersucht wurde. Hierzu gab Direktor Vogel einige Richtlinien für die Erledigung der Angelegenheit an die Hand. An den geschäftlichen Teil schloß sich ein äußerst fesselnder Vortrag des Kapitäns zur See a. D. Feldmann über die Skagerrak-Schlacht unter Benutzung reichlichen Kartenmaterials; die hochinteressanten Darlegungen des Redners gaben auch dem Laien ein anschauliches und verständliches Bild von jenem großen deutschen Seesiege und gipfelten in einer Mahnung an die Deutschen aller Stände zur Einigkeit, einer Mahnung, die in einer Ansprache von Direktor Vogel nochmals besonders unterstrichen wurde. Nachdem Frau Oberzahlmeister a. D. Schmidt ein der Bedeutung des Abends angemessenes Gedicht vorgetragen und Herr Vogel noch über die jüngsten Ereignisse im Saarverein und im Saargebiet — über die Kölner Bundestagung, über die Sitzung des Beratungsausschusses zu Berlin sowie über die Amtsniederlegung des Präsidenten der Saar-Regierungskommission Stephens — berichtet hatte, blieben die Versammlungsteilnehmer in gemütlicher Unterhaltung noch bis 1 Uhr nachts zusammen.

§ Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Bundes der Saarvereine versammelte sich am 14. d. Mts. im Steinernen Haus hier selbst zu einem gemütlichen Familienabend. Es waren ungefähr 120–150 Personen anwesend und bei allen herrschte eine urgemütliche Stimmung. Der 1. Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel, war leider durch eine Urlaubsreise an der Teilnahme verhindert. Herr Oberpostinspektor Anshück eröffnete als 2. Vorsitzender den Abend durch eine zu Herzen gehende Ansprache an unsere lieben Landsleute von der Saar, worauf das Deutschlandlied gesungen wurde. Den Reigen der Vorführungen eröffneten die Töchter des Herrn Polizeimajors Lange durch Klavier- und Cellovorträge. Sie legten glänzende Proben ihres Könnens ab und ernteten reichen Beifall. Es folgten nun die Vorführungen auf dem Gebiete der Zauberkunst. Der Vorsitzende der Frankfurter Zauberkünstler-Vereinigung, Herr Oberingenieur Drevenstedt und seine Gattin, die bekannte Konzertfängerin Frau Gerda Drevenstedt-Glasow, hatten ihre Mitwirkung in lebenswürdigster Weise zugesagt. Frau Drevenstedt sang eine Arie aus „Traviata“ in herrlichster Vollendung und dann noch einige kleinere Sachen humoristischen Inhalts. Durch ihre angenehme Stimme und ihren kunstvollen Vortrag bot sie den Zuhörern einen hochwertigen Kunstgenuss. Ihr Gatte füllte nun das Programm durch eine Reihe wohlgefolgelter Vorführungen aus dem Gebiete der Zauberei aus. Die mit Humor gewürzten Darbietungen waren geradezu verblüffend. Tausenden Beifall erntete der Künstler durch Hervorbringen des Spruches „Deutsch die Saar immerdar“. Nun kam auch noch die Jugend zu dem sehnlichst erwarteten Tänzchen und Terpsichore beherrschte nun den Abend bis zum Feierabend. Die saarländische Studentenschaft, die korporativ unserer Gruppe angehört, war durch starke Gruppen vertreten. Durch die Veranstaltung hat sich die Ortsgruppe viele neue Mitglieder erworben und man hofft, daß der Verein weiter blühen und gedeihen wird.

§ Die Ortsgruppe Reddinghausen des Bundes der Saarvereine hielt am Sonntag, den 20. Februar 1927, abends 7 Uhr im Lokale Schäpers, Breitestraße, ihre diesjährige 1. Mitglieder-versammlung mit Familie und darauffolgender Kappen-sitzung ab. In einem schön ausgeschmückten Saale und bei zahlreicher Beteiligung eröffnete der 1. Vorsitzende, Herr Benig, die Versammlung und hieß alle Erschienenen herzlich willkommen. Herr Benig gab dem Wunsche Ausdruck, daß in Zukunft sämtliche Versammlungen so besucht sein müßten, wie die heutige. Die Tagesordnung wurde alsdann wie folgt erledigt. Der Jahresbeitrag für die Hauptgeschäftsstelle soll überwiesen werden. Als Spende für das zu errichtende Ehrenmal für die im Weltkrieg 1914—1918 gefallenen Helben von Reddinghausen wurde der Betrag von 10 Mark bewilligt. Weiter wurde das Buch „Saarländische Volkskunde von For“, für die Vereinsbibliothek gehalten werden. Der 1. Vorsitzende empfahl der Versammlung die persönliche Beschaffung des Buches zum Preise von 6,80 Mark. Sämtliche Punkte wurden von der Versammlung einstimmig genehmigt. Der geschäftliche Teil war somit erledigt und nun begann der gemütliche Teil in Form einer Kappensitzung nach landsmännlicher Sitte. Zu diesem Zweck hatten der 1. Vorsitzende Herr Benig, Schriftführer Herr Eich und Kassierer Herr Vardn die Verpflichtung übernommen, alle Vorbereitungen zu treffen, um dem Ganzen ein festliches Gepräge zu geben. Dieses ist auch zur größten Zufriedenheit der Teilnehmer ausgefallen. Die Hausapelle verstand es, die Anwesenden durch ihr reichhaltiges Programm recht lange gemütlich belassen zu halten. Neben halten von Vorträgen, sowie Singen von Liedern, auch einzeln, war auch Alt und Jung Gelegenheit gegeben, das Tanzbein zu schwingen. Als nun in vorgerückter Stunde der Ruf des 1. Vorsitzenden zum Aufbruch ertönte, sah man verschiedene trübe Gesichter, trotzdem verließen alle das Lokal, in dem Bewußtsein recht vergnügte Stunden verlebt zu haben. Möge diese Veranstaltung sämtlichen Mitgliedern ein Ansporn sein, fernerhin die Versammlungen der Ortsgruppe durch rege Teilnahme zu unterstützen und zu fördern.

§ Die Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine hielt am 13. Februar ihre Jahresversammlung im Restaurant Berghoff, Körnerplatz, ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Dr. Weise, eröffnete um 5½ Uhr nachmittags die gutbesuchte Versammlung unter Bekanntgabe der Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Kassenbericht, 2. Entlastung des Vorstandes, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Satzungsänderungen, 5. Verschiedenes. Zu 1. erhält der Schriftführer Walter zur Erstattung des Geschäftsberichtes für das Jahr 1926 das Wort. Der Bericht wird in allen Teilen gutgeheißen. Der Vorsitzende dankt dem Schriftführer und erteilt Herrn Berkeßel das Wort zu dem Kassenbericht, welcher nach erheblichen Ausgaben mit einem Kassenbestand von über 230 Mark am 1. Februar abschließt. Der Vorsitzende glaubt die Entlastung bis nach Erstattung des Prüfungsberichtes durch die Prüfungskommission, für die er die Herren Brandenburg und Lutter vorschlägt, zurückstellen zu müssen. Nach erfolgter Wahl der Rechnungsprüfer gehen diese sogleich an die Rechnungsprüfung. Inzwischen wird die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Herr Dr. Weise bittet von seiner Wahl als 1. Vorsitzenden wegen seiner häufigen dienstlichen Abwesenheit von Dortmund Abstand zu nehmen und schlägt Herrn Ost für dieses Amt vor. Die Wahl wird einstweilen zurückgestellt. Für den sein Amt niederlegenden Schriftführer Walter wird Herr Eisenbahnoberingenieur Ost gewählt, der gleichzeitig sein bisheriges Amt als stellvertretender Vorsitzender mitverwalten soll, während Herr Dr. Weise vorläufig das Amt des 1. Vorsitzenden weiterführt. Die Herren Kirsch und Kastei werden sodann als Beisitzer wiedergewählt, ferner werden auf Vorschlag des Herrn Berkeßel die Herren Dr. Schmidt und Schwolau neu als Beisitzer gewählt. Herr Rafalski wird als Vergnügungsdirektor wiedergewählt. Zu dem Punkt 4. Satzungsänderung, begründet Herr Kirsch seinen Antrag, keine Entschädigung an Saarflüchtlinge zu zahlen mit dem häufigen Reinfall bei an Saarländerflüchtlinge gezahlten Entschädigungen. Die Anträge sind leider immer auf einen Beirungsversuch hinausgelaufen. Herr Berkeßel hält den Antrag im allgemeinen für gut, glaubt die aufgewendeten Gelder für Saarflüchtlinge besser für Vereinsmitglieder, die unverzüglich in Not geraten sind, ausgeben zu können. Herr Ost ist der gleichen Ansicht. Herr Berkeßel regt an, alte Sachen, die für besser gestellte Vereinsmitglieder keinen Wert mehr haben, zur Verfügung bereit zu stellen. Herr Ost schlägt vor, Herrn Walter für seine Verdienste um die hiesige Ortsgruppe zum Ehrenmitglied zu wählen, was geschieht. Herr Ost berichtet sodann über eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände, die vor einigen Tagen stattgefunden hat. Hierauf werden fünf gestiftete Saarkalender verlost. Inzwischen haben die Rechnungsprüfer ihre Prüfung beendet. Herr Brandenburg erstattet Bericht, daß alles in Ordnung sei und beantragt für Herrn Berkeßel Entlastung, die erteilt wird. Herr Dr. Weise dankt hierauf Herrn Berkeßel, auf dessen

Wunsch Herr Koppert mit in den Dank einbezogen wird, für die mühevollen Geschäftsführung und den Rechnungsprüfern für die Ausübung ihres Amtes und schließt um 6¼ Uhr den offiziellen Teil der Versammlung und überträgt die Leitung für die nunmehr beginnende Fidelitas an Herrn Rafalski, unter dessen Führung ein echtes karnevalistisches Treiben beginnt, in dem besonders der gelungenen selbstverfaßten Vorträge des „Vereinsnarren“, Herrn Meyer, gedacht sei. Schließlich hält noch ein Länzchen die Anwesenden bis spät in die Nacht zusammen.

§ Der Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Duisburg bot seinen Mitgliedern am 13. Februar d. Js., anschließend an die Monatsversammlung, einen Unterhaltungsabend voll echt Saarländischer und humorvoller Stimmung. Der 1. Vorsitzende, Herr Lehmann, eröffnete den Abend mit einer kurzen Begrüßungsansprache, und hieß die in stattlicher Anzahl erschienenen Mitglieder und Gäste herzlich willkommen. Es widelte sich ein reiches Programm von Blütenreden, Solovorträgen und gemeinsamen Gesängen ab, welche bei allen Anwesenden große Heiterkeit hervorriefen. Herr Lehmann behandelte in seinen Blütenreden die örtlichen Vereinsangelegenheiten, während Herr Dieterich aus unserer engeren Heimat zu erzählen wußte, und durch Singen des neuen Kölner Ostermann-Schlager, die Stimmung wesentlich beeinflusste. Fr. Kauch referierte mit süchtlichen Versen und versetzte manchem Vorstandsmitgliede einen Hieb, Herr Bauer wieder sang mit schöner Bassstimme Lieder zur Laute. Mit Fr. Jacob am Klavier, verstanden es Frau Peters und Fr. Kreis mit klangvoller Stimme, das humoristische Duett „Die beiden Singvögel“ vorzutragen. Selbst Herr Altmeyer ließ es sich nicht nehmen, die Bühne zu besteigen, und uns aus seinen jungen Jahren, Saarbrücker Erlebnisse zu erzählen.

Die Ortsgruppe Bochum des Bundes der Saarvereine hielt am 16. Januar die alljährliche Generalversammlung im Vereinsheime „Gustafsglocke“, Alleestraße, ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Klemmer, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und erstattete den Jahresbericht. Dieser zeigte, daß die Ortsgruppe, trotz der schwierigen Verhältnisse, festen Fuß gefaßt hat und mit zäher Energie die gesteckten Ziele verfolgt. Recht kümmerlich sah es zu Beginn des Jahres 1926 aus, denn die Nachwirkungen der Ruhrbesetzung und die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hemmten gewaltig die Wiederbelebung des Vereinswesens. Trotzdem ist es der Ortsgruppe gelungen, nicht nur ihre innere Einheit wieder herzustellen, sondern sie hat es auch noch fertig gebracht, der Öffentlichkeit in einer großen Rundgebung von den Leiden und Kämpfen der Saarbewohner zu berichten. Herr Klemmer forderte zum Schluß seiner Ausführungen auf, auch in dem kommenden Jahre treu zur Fahne zu halten, um den betretenen Weg siegreich zu beschließen. Anschließend erstattete der Schriftführer, Herr Reck, den Geschäftsbericht, der ebenfalls von reger Arbeit, im Interesse unserer Heimat, zeugte. Ein umfangreiches Programm für das angefangene Jahr zeigte, daß der alte Geist in der Ortsgruppe noch wach ist. Recht kümmerlich verlief der Kassenbericht, der bei Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit der Mitglieder, recht trostlos bezeichnet werden kann. Die Debatte zeigte jedoch, daß noch ein Hoffnungsstern leuchtet, der hoffentlich etwas von seinem Glanze abgibt. Dem Kassierer sowie dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt. — Hierauf trat der alte Vorstand zurück, wurde jedoch einstimmig wiedergewählt. Der „Saarfreund“ wurde allen Mitgliedern zur Haltung warm empfohlen. Ausdrücklich wurde festgestellt, daß die Ortsgruppe mit dem, sich auf betreiben einiger Landsleute gebildeten „Klub der Saarfreunde“, nichts zu tun hat. Die Ortsgruppe arbeitet nach wie vor mit der Geschäftsstelle Berlin für die Erhaltung der Heimat, sie hat sich diese Aufgabe als höchstes Ziel gesetzt. Die der Ortsgruppe noch Fernstehenden werden hiermit ersucht, sich bei dem Geschäftsführer, Herrn Reck, Bochum, Mozartstraße 32, oder bei dem 1. Vorsitzenden, Schützenbahn 14, anzumelden. Bis spät in die Nacht blieb man noch beisammen im Kreise der Landsleute und erzählte sich manchen recht frohen und herben Scherz in Saarbrücker Mundart.

Die Ortsgruppe Ibbenbüren des Bundes der Saarvereine hielt am 12. Februar d. J. ihre Generalversammlung im Vereinslokal Ww. Schlichter ab. Um 8.30 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende, Landsmann Müller, Wilhelm, die Versammlung und begrüßte die stattliche Zahl der Erschienenen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgte die Kassenprüfung durch Landsmann Blankertz. Die Kasse wurde geprüft und für richtig befunden. Landsmann Blankertz erwähnte dabei die korrekte und überflüssige Kassenführung des Kassierers Kropf. Dem von dem Schriftführer Forster bekanntgegebenen Jahresbericht, welcher allgemeinen Anklang fand, entnehmen wir u. a. folgendes:

Auf eine große Vereinstätigkeit kann die Ortsgruppe in dem vergangenen Vereinsjahr nicht zurückblicken. Die Monatsversammlungen waren im allgemeinen schwach besucht. Dagegen hatte das gemütliche Beisammensein am 6. November 1926 im Lokale des Vereinsmitgliedes Frau Ww. Maug, Schafberg, eine

verhältnismäßig rege Teilnahme zu verzeichnen. An der diesjährigen Tagung des Saar-Vereins in Köln a. Rh. war die Ortsgruppe durch 3 Mitglieder vertreten. Mehrere Artikel das Saargebiet betreffend, besonders die Broschüre „Die Saarlüge“ sind im Laufe des Jahres auf Veranlassung der Ortsgruppe in den hiesigen Lokalblättern veröffentlicht worden. Im Laufe des Jahres mußte die Ortsgruppe den Heimgang zweier stiegewordener Mitglieder verzeichnen. Eines der eifrigsten Mitglieder, den Landsmann Jakob Weber und die Vereinswirtin Ww Schlichter. Beider Andenken lebt in hiesiger Ortsgruppe weiter und der Verein hat sich bei der Beerdigung rege beteiligt. Zu unserer aller Freude lebt der Senior des Vereins, Herr Döring, noch in guter Frische unter uns und wir wünschen, daß er noch viele Jahre in unserer Mitte verweilen kann. Die Mitgliederzahl betrug bei der letzten Jahresversammlung 58. Zugang im Laufe des Jahres 9; Abgang im Laufe des Jahres durch Verzug, Tod und Abmeldungen 5; demnach Bestand am 12. Februar 1927 62 Mitglieder. Von den Vereinsmitgliedern und deren Angehörigen sind bei der 11. Versailler Friedensdiktat vorgeesehenen Abstimmung im Jahre 1935 = 39 Personen stimmberechtigt.

Der Vorstand wurde entlastet, und ihm wurde gedankt für die im Laufe des Jahres geleistete Vereinsarbeit. Zur Wahl des Vorstandes wurde erwähnt, daß der derzeitige 1. Vorsitzende für eine Wiederwahl nicht mehr in Frage komme. Weiter war allgemein der Wunsch, daß dem Vorstände mindestens 2 der hiesigen Saarfreunde angehören müßten. In diesem Sinne begann die Vorstandswahl, an der sich die Mitglieder rege beteiligten. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Landsmann Wilhelm Müller, 2. Vorsitzender Landsmann Blankerh, Schriftführer Landsmann Forster, Kassierer Landsmann Kropf, Beisitzer: die Saarfreunde Dr. Bäumer und Ludwig Brachmann. Der neu gewählte Vorstand nahm das Amt dankend an. Unter Spaß und Ill wurde das alte Vereinslokal Schlichter (Blau-Edel) bei geheimer Wahl einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende bedankte sich bei den Vereinswirtinnen für ihre Tätigkeit im verfloßenen Jahre und bat, in der Weise fortzufahren. Die wiedergewählte Vereinswirtin Fräulein Lene Schlichter, bedankte sich für das ihrem Lokal geschenkte Vertrauen und versprach, auch im neuen Vereinsjahr ihr möglichstes für den Verein tun zu wollen. Das Schreiben der Herren Verwaltungsdirektor Bogel-Berlin und Konditordirektor Karius-Hanover mit ihrer Zusage zu dem geplanten Vortrag wurde bekanntgegeben. Es wurde beschlossen, den Vortrag am 13. März im Lokale Leugermann-Köring unter besonderer Berücksichtigung des Landes-Trauertages abzuhalten. Eintrittsgeld soll zu der Veranstaltung nicht erhoben werden, jedoch sollen im Saale Saarpfosten mit Ortsgruppenstempel versehen und in den vorhandenen Festnummern des „Saarfreund“ über die 1025 in Köln stattgefundene Tagung verkauft werden. Am Vorabend der Veranstaltung, also Samstag, den 12. März, findet ein Begrüßungabend im Vereinslokal statt. Alle übrigen Arbeiten zur Veranstaltung sollen vom Vorstand bewältigt werden, der zu dem Zwecke am Montag, den 21. d. Mts. sich im Vereinslokal versammelt und dazu Vertreter der hiesigen Presse einladen soll. Weiter sollen bei der Geschäftsstelle noch 200 Stück Saarpfosten und 10 Vereinsabzeichen bestellt werden. Auf Antrag wurde Herr Döring, der Senior des Vereins und alter Saarbrücker 7. Dragoner-Wachmeister, der noch bei keiner Versammlung fehlte und seit Gründung des Vereins angehört, mit besonderem Dank einstimmig zum Ehrenmitglied der Ortsgruppe ernannt. Herr Döring bedankte sich herzlich für die ihm gewährte Ehre. Eine besondere Anerkennung wird ihm später überreicht. Nach Erledigung der Tagesordnung schloß der Vorsitzende den offiziellen Teil der Versammlung und es begann der gemütliche Teil, der sich unter Sang, Frohsinn und Heiterkeit bis zur Feierstunde hinzog. Die neue Haus- bzw. Vereinskapelle hat sich bei dieser Versammlung würdig gezeigt.

Bücherbesprechungen.

Die Geschichte von Friedrichsthal-Bildstock.

Von Oberlehrer W. Schaeßing.

Herr Studienprofessor Dieck, Sulzbach, gibt über das Buch folgendes Urteil ab: Die großen historischen welterschütternden Ereignisse der letzten 20 Jahre haben überall in deutschen Landen und in allen Bevölkerungsschichten wie zur Zeit Napoleons I. den geschichtlichen Sinn geweckt; die Umwälzung auf politischem und sozialem Gebiet haben natürlicherweise zu Vergleichen mit

früheren Geschichtsepochen und früheren Tagen geführt. Besonders in den westlichen Grenzgebieten des Reiches, die während des Krieges von feindlichen Fliegern beständig heimgesucht wurden, und die durch den von den Schlachtfeldern herüberdröhnenden Donner der Kanonen stets an ihre gefährdete Lage erinnert wurden, hatte die für die Massen unseres Volkes unerwartete und unsagbare Niederlage der deutschen Waffen lähmend gewirkt. Die Heimat war in Gefahr. Bange Sorge beschlich die Bewohner, wußte man doch aus früherer Zeit, daß Frankreich die deutsche Niederlage ausnützen werde, um das seit den Tagen des Dreißigjährigen Krieges nicht aus dem Auge verlorene Ziel die Rheingrenze zu erreichen. In diesen Tagen tiefster, politischer Not erstarrte trotz aller leblicher und seelischer Not, trotz französischer Drohungen und Lockungen in den bedrohten Gebieten das Nationalgefühl; die Liebe zu Heimat und Vaterland wurde die Klippe, an der die französische Eroberungsgier zerschellte. Vaterland und Heimat wurden vollesbige und hochwertige Begriffe. So begann man denn im Westen allenthalben sich liebend in die Geschichte der engeren und weiteren Heimat zu versenken. Im Saargebiet entsprangen daraus eine ganze Reihe von Lokalgeschichten, die fast alle in der „Saarbrücker Drucker- und Verlag A.-G.“ erschienen sind. In ihrer Gesamtheit bieten sie, oder werden sie ein ausführliches geschichtliches Bild des Landes an der Saar geben. Zu diesen heimatkundlichen geschichtlichen Abhandlungen gehört auch die zu Weihnachten 1926 erschienene 232 Seiten umfassende Geschichte von Friedrichsthal-Bildstock von Oberlehrer Schaeßing. In leicht verständlicher, fließender und packender Form versteht es der Verfasser, uns die engere Geschichte der heute über 15 000 Seelen umfassenden Industriegemeinde von den ersten Spuren an zu schildern und sie dem Gesamtrahmen der deutschen resp. preussischen Geschichte des Westens einzufügen. Auf altem historischen Boden bewegen wir uns; römische Legionen ziehen durch das Land zum Kampfe gegen Kelten und Germanen. Der römische Kaufmann folgt und bringt dem Lande seine Kultur. Zwei noch heute benutzte alte römische Heerstraßen führen durch das Gebiet von Friedrichsthal-Bildstock; die große Königsstraße von Metz nach Mainz führt nicht weit vorbei. Aber noch entstand hier keine Siedlung, bis 1723 Graf Friedrich Ludwig von Saarbrücken hier eine Glashütte begründete und ihr den Namen Friedrichsthal gab. Der herrschaftliche Wald lieferte das Holz zum Brennen der Pottasche und zum Schüren der Defen, die nähere Umgebung die zur Herstellung des Glasgemenges notwendigen Rohstoffe, wie Sand und Kalk. Die ersten Glasmeister stammten aus dem Nassauischen. Ihre und der ersten Glasmacher Familien sind bis auf den heutigen Tag hier ansässig und zum großen Teil noch im Gewerbe ihrer Vorfahren tätig. Schon nach kurzer Zeit ging man zur Kohlenfeuerung über, auch dieser Brennstoff, dem das Saargebiet seine heutige Bedeutung verdankt, fand sich im eigenen Lande. Die folgende Entwicklung von Friedrichsthal-Bildstock hängt eng mit der Entwicklung des Kohlenbergbaues an der Saar und der Glashütte zusammen. Kurz nach 1900 ist das unter preussischer Herrschaft rasch vorwärts gekommene Saargebiet ein wichtiges deutsches Industriegebiet und Friedrichsthal eine der bedeutendsten Berginspektoren darin und dazu einer der Hauptstützen der deutschen Glasindustrie. Nach Schilderung der äußeren geschichtlichen und materiellen Entwicklung zeichnet der Verfasser ein ausführliches Bild der kulturellen, indem er die Geschichte der einzelnen Kirchengemeinden und Schulen behandelt. Durch Erzählungen der „Aeltesten“ ist es Schaeßing gelungen, manch wertvolles geschichtliche Gut der Nachwelt zu retten; den Einwohnern von Friedrichsthal-Bildstock besonders wird die schriftliche Fixierung zweier überall bekannter Originale und die angehängte Geschichte einiger namhaften alten Familien willkommen sein. 72 Bilder von Land und Leuten, zahlreiches und vorzügliches statistisches Material sowie 2 Karten runden die Arbeit zu einer wohl gelungenen Lokalgeschichte ab.

Die Arbeit Schaeßings ist so nicht nur der Beachtung der hier Wohnenden wert, sondern vor allem auch derer, die sie hier im Saargebiet geweilt haben.

Möge die Geschichte von Friedrichsthal-Bildstock werden, was sie erstrebt: Ein Beitrag zur Entwicklung und Pflege deutschen Nationalgefühls!

Briefkasten.

„Treudensch Wallerfangen“ 10 M. mit herzlichem Dank erhalten.

Von Dr. W. in W.: 6,50 M. mit bestem Dank erhalten.

L.-G. in Saarbrücken: 5 M. mit bestem Dank erhalten

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“ Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. B., Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, Fernsprech. Anschluß: Amt Hafenstraße 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin A.B. 7, Nr. 665 38 oder auf Deutsche Bank, Depositionskasse O. Berlin SW. 47, Velle-Allianz-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. B.“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Für den Gesamthalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. B.“, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenerlag, Berlin SW. 11.